

# Volkswacht

## für Schlesien

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Kundent“, „Sozialistische Literatur-Zusätze“, „Für die Frauen“, „Kochbuch“, „Kochrezepte“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Seitungspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal, und ist durch die Haupt-Expedition (Kulturstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5 und Friedrichs-Str. 105, Marktstraße 100, sowie durch alle Ausverläger zu beziehen. Preis pro Jahr im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägertaxen. Einmalig 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägertaxen + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

### Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 217 37, Redaktion 217 38  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Kulturstraße 4/6 oder in den Zweigstellen) abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

## Vor einer kritischen Zuspitzung der Lage

### Das Verlagen der Reichsregierung in der Brotpreisfrage Vor einer Intervention der Sozialdemokratie Die neuen Finanzdeckungspläne noch völlig ungewiss

Berlin, 18. Mai. (Eigener Bericht.)

Das Reichskabinett wird im Laufe dieser Woche die zurückgestellten Beratungen über die finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen wieder aufnehmen. Es ist damit zu rechnen, daß diese Beratungen in nächster Zeit in Anspruch nehmen. Entgegen den Aussagen der Reichsregierung, die sich noch vor einiger Zeit für einen ausgeglichenen Etat verabschiedet zu haben, wird bereits jetzt angegeben, daß im Laufe des Jahres 1931 ein neuer Etat mit weit mehr als einer Milliarde Mark zu erwarten ist. Er ist die Folge der weiter zurückgehenden Steuern und Maßnahmen und der durch die hohe Arbeitslosigkeit verursachten großen Ausgaben für Unterhaltungsarbeiten. Der Reichstag hatte seinerzeit der Regierung die Ermächtigung zu weiteren Einsparnissen an den nicht geschäftlichen Ausgaben erteilt. Es ist klar, daß die Ausführung dieser Ermächtigung allein den Haushaltsplan nicht deckt, und daß weitere finanz- und sozialpolitische Maßnahmen geplant sind.

Der Inhalt dieser Maßnahmen aber steht bisher noch in einer Weise fest. Alle Maßnahmen, die darüber der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind, beziehen sich auf Konzeptionen oder sind Wünsche. Das gilt insbesondere von den Angaben über die Kürzung der Beamtengehälter und die Kürzung der Sozialausgaben. Zweifellos werden solche Pläne innerhalb der Reichsregierung erwogen. Bisher ist aber eine definitive Entscheidung über sie nicht erzieht worden. Gegen die weitere Kürzung der Beamtengehälter werden nicht nur von den Beamten selbst, sondern auch von anderen politischen Kreisen so erhebliche Widerstände zu denken geltend gemacht, daß innerhalb der Reichsregierung Zweifel entstanden sind, ob der ursprüngliche Weg noch einmal beschritten werden kann.

Auch gegen die Kürzung der Sozialausgaben machen sich erhebliche Widerstände bemerkbar. Das Gutachten der Kommissionsmitglieder zu der Frage der Unterstützung der Arbeitslosen liegt bisher nicht vor. Aber selbst wenn es Vor-

schläge zur Kürzung des Aufwandes für Unterstützungen enthalten sollte, wird wahrscheinlich damit immer noch nicht der Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden können. Die Frage einer Beitragserhöhung taucht also aufs neue auf. Ebenso schwierig ist die Neuregelung bei der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsunterstützung für Arbeitslose bei den Gemeinden. Sozialdemokratie und Städteverbände verlangen die Zusammenfassung dieser beiden Einrichtungen bei gleichzeitiger Entlastung der Gemeinden, die sonst vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen. Aber wenn auch politische Entscheidungen des Reichskabinetts in den nächsten vierzehn Tagen kaum zu erwarten sind, so muß man sich doch des wahren Ernstes der finanzpolitischen Situation und der großen Gefahren für die sozialen Einrichtungen bewußt sein.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird infolgedessen am Donnerstag zusammentreten, um sich mit dieser Lage zu beschäftigen. Unmittelbarer Anlaß dazu ist auch die mangelhafte Regelung der Frage des Brotpreises. Die Reichsregierung hat bisher die ihr durch Gesetz auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt. Der Brotpreis ist in zahlreichen Städten Deutschlands gestiegen. Die Maßnahmen der Reichsregierung haben nicht vermocht, den Brotpreis, dem Gesetz entsprechend, auf den alten Stand zurückzubringen. Das aber ist eine unerlässliche Notwendigkeit. Das Verlagen der Reichsregierung in der Brotpreisfrage kann zu einer schwierigeren gefährlichen Zuspitzung der politischen Situation führen, der nur ausgewichen werden kann, wenn die Reichsregierung jetzt unverzüglich durch Herabsetzung der Zölle auf Weizen, Gerste und Futtermittel eine allgemeine Preisermäßigung einleitet.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird auch den Termin einer wahrscheinlich noch vor dem Leipziger Parteitag stattfindenden Fraktionsberatung festlegen.

## Ist die Zeit für ein Aufbringungs moratorium gekommen?

Das Wollfische Telegraphenbüro verbreitete vorgestern folgende Nachricht:

Saarbrücken, 18. Mai.  
Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die heute hier unter dem Vorsitz des Abg. Dingeldey tagte, faßte eine Entschließung, in der es unter Bezugnahme auf den Rückgang der Steuereinnahmen, den fortschreitenden Verfall der deutschen Wirtschaft und der gefährlichen Lage für Reich, Länder und Gemeinden u. a. heißt: Weitere scharfe Ausgabenbeschränkungen zur inneren Geländung und Rettung wird die Regierung schnell und entschlossen durchzuführen müssen. Das deutsche Volk wird diese Opfer nur tragen können, wenn es sieht, daß die Stärkung des Reiches im Kampf um die Revision der Tributlasten zum Ziele haben. Die Fraktion erwartet deshalb von der Reichsregierung, daß sie entschlossen ist, im inneren Zusammenhang mit den Maßnahmen zur inneren Sanierung gegenüber den Gläubigermächten die Verhandlungen über die Revision der Tributbeiträge in Gang bringt.

A. Kr. Dieser Beschluß der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist sehr bedeutungsvoll. Denn diese Reichstagsfraktion stellt den deutschen Reichsaussenminister und gehört deshalb zu den wichtigsten Trägern der deutschen Außenpolitik. Wenn diese Fraktion also einen solchen Beschluß faßt, so muß damit gerechnet werden, daß er auf die Entwicklung der deutschen Außenpolitik starken Einfluß nehmen wird. Es muß deshalb ernsthaft die Frage untersucht werden, ob es für Deutschland zweckmäßig ist, in diesem Zeitpunkt die Frage der Revision des Young-Planes und wieder einer neuen Regelung der Reparationszahlungen aufzutischen.

Wir sind der Meinung, daß eine solche Aktion zurzeit höchst ungewiss wäre, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil zur Zeit nicht die geringste Aussicht besteht, daß die Gegenpartei oder auch nur ein Teil der ihr angehörenden Staaten bereit sein werden, schon jetzt in Verhandlungen über die Revision des Young-Planes einzutreten. Wer die außenpolitische Entwicklung der letzten Monate sorgfältig beobachtet hat, kann darüber nicht im Zweifel sein. Das es so ist, daran hat die Reichsregierung mit ihrem zum mindesten unvorsichtigen und voreiligen Vorgehen in der Zollunionfrage nicht zuletzt selbst mit Schuld. Es würde aber für Deutschland eine schwere politische Niederlage darstellen und sowohl auf unsere innenpolitischen Verhältnisse als auch auf die Lage unserer Volkswirtschaft aufs verhängnisvollste zurückwirken, endlich auch unsere außenpolitische Position in der Welt stark schwächen, wenn ein solcher Vorstoß der deutschen Regierung einfach schroff zurückgewiesen werden und somit erfolglos bleiben würde. Deutschland hat vor der Hand nicht das geringste Mittel in der Hand, um in dieser Beziehung auf die anderen Mächte einen Druck auszuüben und sie zur Aufnahme solcher Verhandlungen zu veranlassen. Es ist das um so weniger der Fall als die Regierung der Vereinigten Staaten erst vor einigen Tagen deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß sie nicht daran denke, die interalliierten Schulden herabzusetzen, und als die Gläubigermächte eine Herabsetzung der Reparationszahlungen solange niemals zugeben werden, als nicht ihre Schulden an die Vereinigten Staaten ebenfalls herabgesetzt worden sind.

Allerdings sieht ja der Young-Plan selbst wenn auch in der modifizierten Form, auch die Revision der in ihm getroffenen Regelung der Reparationszahlungen vor. Diese Revisionsmöglichkeit ist aber erst gegeben, wenn eine Reihe von Vorbedingungen erfüllt ist. Die wichtigste dieser Vorbedingungen ist die, daß zuvor Deutschland das sogenannte Aufbringungs moratorium erklärt und seine Zahlungen für die im Young-Plan vorgesehene Frist eingestellt haben muß. Das ist bisher aber nicht geschehen. Man ist der Deutschen Volkspartei zuzugeben, daß die Wirkungen der Wirtschaftskrise, auf deren Abmilderung oder gar Beendigung noch nicht die geringste Aussicht vorhanden ist, insbesondere auf die Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen es nicht nur als bringend wünschenswert, sondern geradezu als notwendig erscheinen lassen, daß vor allem das Reich durch eine Beschränkung der Reparationszahlungen zum mindesten während der Dauer der Wirtschaftskrise entlastet wird. Um dies zu erreichen, ist es aber nicht notwendig, einen Vorstoß in Richtung der Revision des Young-Planes überhaupt zu machen, sondern es genügt dazu völlig, daß Deutschland das Aufbringungs moratorium erklärt. Es ist bekannt, daß Deutschland das allein ohne Zustimmung anderer Mächte tun kann, das also formal, jeder Zeit selbst in der Hand hat.

Es ist deshalb die Frage so zu sehen, und diese Frage muß allerdings jetzt allmählich ernsthaft ins Auge gefaßt werden, ob es nicht am Platze ist, daß die Reichsregierung jetzt, um die nötige Entlastung der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen zu erreichen, das Aufbringungs moratorium erklären soll.

## Sensationelle Rede Litwinoffs in Genf

### Er propagiert wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und Ausland

Genf, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Das auffallendste Ereignis der Montag-Sitzung der Europa-Kommission war das sensationelle Angebot Litwinoffs zur friedlichen, wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten. Man hat diese Rede hier allgemein für eine Vorbereitung von Verhandlungen über die Wirtschaftskrisen in Amerika und England.

Nach einem formellen Dank für die Einladung sprach Litwinoff als erster zur europäischen Wirtschaftskrise und entwarf mit vielen Zahlen, daß in Sowjet-Rußland eine Wirtschaftskrise sei. Deshalb interessiere die Sowjet-Regierung doch sehr stark die Krise in der übrigen Welt. Sowjet-Rußland bestimme die Wirtschaftskrisen von Jahr zu Jahr größere Bedeutung für die Industrieländer. Weiter suchte er nachzuweisen, daß alle Staaten ein gewisses Dumping betreiben durch Preissenkung im Export niedriger seien als im Inland. Ausland tue nichts anderes. Es beständen keine Pläne zur Niederrückung eines anderen Staates auf wirtschaftlichem Gebiete. Der Vorschlag Litwinoffs für Industriekartelle sei vollkommen abwegig. Die bestehenden Kartelle hätten die Krise weder verhindert noch gelindert. Die neuen Kartelle könnten nur neue Sonderprobleme für einige Kapitalisten hinter Monopolpreisen bringen. In Europa beständen zwei Systeme, das kapitalistische und das sowjetische System. Sie ständen sich keineswegs absolut gegenüber. Die unermüdlichen Kämpfe zwischen ihnen seien nur Auswirkungen ihres Daseins. Nur sei es der Zeit, in der Praxis anzuerkennen, daß die Sowjet-Union eine Tatsache sei. Wenn die Weltwirtschaftskonferenz eine Resolution beschließen habe für allgemeine Zusammenarbeit, so sei ein wirtschaftlicher Widerstand, die Sowjets ausschließen zu wollen, zumal die Sowjet-Union immer stärker werde und in ihrem Fünfjahresplan den stärksten Beweis ihrer Festigung erbringe. Man habe gesagt, das sei ein teuflischer Plan zur Zerstörung der übrigen Wirtschaft. Kein Wort davon treffe zu. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Sowjet-Rußland werde Europa wesentlich helfen. Mit den Präferenzen für einige europäische Staaten könne nur vorübergehend eine ungewisse Erleichterung geboten werden. Dahinter stehe aber die politische Absicht des Kampfes gegen die Sowjetwirtschaft. Dies System der Präferenzen werde auch eine neue Zerstückelung Europas in Gruppen bedeuten. Man dürfe das nicht zulassen, sondern müsse vertrauensvoll zusammenarbeiten. Litwinoff erklärte schließlich, sein Vorschlag sei eine Art von wirtschaftlichem Nicht-Konflikt abzuwickeln. Diese Gedanken habe er in einem Resolutionsentwurf niedergelegt. Wie die Versammlung darüber denken werde er nicht wissen. Dieser Vorschlag sei aber ein Beweis für den guten Willen der Sowjet-Union und dafür, daß sie friedlich

arbeiten wolle und keine feindlichen Absichten gegen irgend jemanden habe.

Die übrigen Redner brachten keinerlei neue Gesichtspunkte bei. Der belgische Außenminister Hymans wünschte, daß die Kommission das Prinzip der Genfer Wirtschaftskonvention übernehmen möge, was von Kamel-Schweden unterstützt und auf den Wunsch baldiger weiterer Verhandlungen erwidert wurde. Der Türke Tewfik Ruchdy Bey sprach sich sehr freundlich für sämtliche vorgelegten Vorschläge aus; er wüßte nur die Interessen aller Staaten herbeizuführen. Auch die Ausführungen des Holländers van Blootland bewegten sich in gleicher Richtung. Nach der Ankündigung einer weiteren Rede von Dr. Curtius und einer Resolution von Henderson wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

## Oldenburger Regierung bleibt

Wie verlautet, sieht das Oldenburger Gesamtministerium auf dem Standpunkt, daß es zu den Landtagswahlen keinerlei Stellungnahme einnehmen könne, weil es als Gesamtkabinet keine Bindung an Parteien hat. Das hieße also, daß die oldenburgische Regierung im Amt bleiben will. Es sei denn, daß der Landtag die Regierung mit Mehrheit stürzt. Opposition und die mutmaßlich die Regierung stützenden Parteien hatten sich nach dem Ergebnis der Neuwahlen ungefähr die Waage.

## Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird mitgeteilt: Die Genossen Rosenfeld, Seydewitz und Ströbel haben bei dem Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die sofortige Einberufung einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beantragt. Dieses Schreiben wird in der Zeitungs- und Klassenkampftage im Wortlaut veröffentlicht. Die Briefschreiber haben es jedoch nicht für notwendig gehalten, die ihnen vom Sekretariat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erteilte Antwort ebenfalls zu veröffentlichen. Die Antwort enthält die Mitteilung, daß der Vorstand der Fraktion die Einberufung einer Fraktionsitzung vor dem Parteitag schon vorher beschlossen hatte. Ingherden wird in der Antwort darauf hingewiesen, daß von der Fraktionsleitung mit Erfolg dahin gewirkt worden ist, daß Verbote von Flugblättern, Plakaten usw. auf Grund der Reichsordnung, insbesondere gegen die Friedensbewegung, zum allergrößten Teil aufgehoben wurden.

Obwohl wir vor längerer Zeit selbst davon gewarnt haben, einen solchen folgenreichen Schritt vorzeitig zu tun, vor allem, um den deutschen Kredit im Auslande nicht zu schwächen, und forderten, daß erst alles andere, was möglich ist, versucht werde, um die Reichsfinanzen, ohne dieses Mittel zu Hilfe zu nehmen, in Ordnung zu bringen, glauben wir doch, daß die Lage heute eine andere ist und daß es jetzt gerechtfertigt ist, diesen Schritt zu tun.

Es ist allbekannt, daß, obwohl es gelungen ist, den Reichsclat ordnungsmäßig zu verabschieden und obwohl es ebenfalls gelang, in dem Reichsetat starke Abstriche an den Ausgaben zu machen und auch neue Einnahmequellen zu erschließen, die Reichsfinanzen infolge des überproportionalen Einnahmeausfalls, durch den Rückgang der Steuererträge infolge der Wirtschaftskrise, sich jetzt bereits wieder in einer überaus ernsten Lage befinden. Seit Wochen wird schon davon geredet, daß sich die Reichsregierung in kürzester Frist zu neuen einschneidenden Abstrichen an den Ausgaben und Steuererhöhungen auf der anderen Seite wird veranlaßt sehen müssen. Und ebenso ist allbekannt, daß diese Maßnahmen kaum noch weiter zu ertragen sind, daß sie die Not in Deutschland übermäßig noch außerordentlich verstärken und auch noch die Wirtschaftskrise verschärfen würden. Da somit das Deutsche Reich ziemlich an der Grenze dessen angekommen zu sein scheint, was es aus eigener Kraft tun kann, um den Etat zu sanieren, und da eine neue Sanierungsaktion höchstwahrscheinlich auf Kosten der sozialen Unternehmungen vorgenommen werden würden, glauben wir, daß jetzt allerdings der Augenblick gekommen ist, in dem die Reichsregierung voll berechtigt ist, von dem Hilfsmittel des Ausbringungs-moratoriums Gebrauch zu machen. Solange man noch hoffen konnte, daß die Wirtschaftskrise in kürzester Frist vorübergehen würde, und man die Hilfe des Auslandes zum mindesten auf dem Wege der Kreditvergütung erwarten durfte, war es nicht nötig, zu diesem letzten Mittel zu greifen. Die Wirtschaftskrise hat sich aber immer noch nicht abgeschwächt und zeigt auch für die nächsten Monate keine Neigung dazu. Eine Auslandshilfe durch die Gewährung von Auslandskrediten ist der deutschen Volkswirtschaft ebenfalls im letzten halben Jahre in nennenswertem Maße nicht zuteil geworden. Damit entfällt der Haupteinwand, der bisher der Erklärung des Moratoriums entgegenstand. Damit entfällt aber auch die Befürchtung, daß die Erklärung des Ausbringungs-moratoriums Deutschlands Kredit schwächen könnte. Durch die politische Entwicklung der letzten Monate, insbesondere durch die Politik der Nationalsozialisten, ist überdies Deutschlands Kredit im Auslande bereits so geschwächt, daß eine Verschlechterung in dieser Beziehung nur deshalb, weil Deutschland erklärt, es könne allein nicht mehr weiter, wohl kaum noch möglich ist. Das Ausland hätte es in der Hand gehabt, durch Vergabe von Auslandskrediten zu verhindern, daß Deutschland in die Notwendigkeit, das Ausbringungs-moratorium zu erklären, verlegt wird. Trotz des großen Anreizes einer relativ hohen Zinsdifferenz ist aber nichts dergleichen geschehen. Die Gläubigermächte werden deshalb, wenn sie aus dem Ausbringungs-moratorium Schwierigkeiten haben werden, das zum großen Teil sich selbst, nämlich ihrer übermäßig hohen Kreditpolitik, zuschreiben müssen. Die Mangelhaftigkeit ist zwar im Hinblick auf das Anwachsen der Nazis psychologisch erklärlich, sie ist aber deshalb wirtschaftlich doch nicht richtig, weil die falsche Kapitalverteilung, die dadurch erhalten bleibt, die Krise verewigt. Außerdem ist ganz allgemein: Für welche Zeit soll denn das Ausbringungs-moratorium überhaupt bestimmt sein, wenn es nicht für die Zeit schwerer Wirtschaftskrisen und großen Einnahmeausfalls in den Staatsfinanzen gedacht ist? Wenn nicht ein Land, das nun schon ein Jahr lang mehr als 4 Millionen Erwerbslose ernähren muß, nicht dazu greifen darf. Eine Unfreundlichkeit oder Böswilligkeit Deutschlands kann daher jetzt aus einer Erklärung des Ausbringungs-moratoriums nicht abgeleitet werden.

Sinzu kommt noch, daß gerade die Wirtschaftsentwicklung der letzten 1 1/2 Jahre, also vor allem die Weltwirtschaftskrise, mit ihrem großen Preissturz, der auf dem Weltmarkt fast 30 Prozent erreicht haben dürfte, es bewirkt hat, daß das wirtschaftliche Schwergewicht der im Young-Plan festgesetzten Zahlungen sich seit dem Inkrafttreten des Young-Planes grundlegend in vorher nicht erkennbarer Weise verändert hat. Wie bekannt, ist in dem Young-Plan nicht mehr die Goldklausel enthalten,

die als Sicherheitsvorkehrung in den Dawes-Plan eingebaut worden war, die Bestimmung nämlich, daß sich mit der Veränderung des Goldwertes über ein bestimmtes Maß hinaus die deutschen Zahlungen nach oben oder nach unten entsprechend verändern sollen. Der 30prozentige Rückgang des Gesamtpreisniveaus in der Weltwirtschaft bedeutet aber auf der anderen Seite ein ebenso großes Ansteigen des Goldwertes, damit aber zugleich auch ein ebenso großes mittelbares und relatives Ansteigen der Young-Annullitäten, d. h. die einzelnen Jahressummen sind, ohne in ihrem Zahlenwert sich zu ändern, im Verhältnis zum Gesamtumfang der deutschen Volkswirtschaft, beide am Goldwert gemessen, dadurch automatisch um den genannten Prozentsatz gesunken, und dieses Sinken des spezifischen Gewichts der Young-Zahlungen innerhalb der Gesamtwirtschaft Deutschlands fällt zusammen mit dem aus derselben Ursache, nämlich der Wirtschaftskrise, hervorgerufenen Einnahmerückgang und aus derselben Ursache erwachsenen Neulastung des Reiches. Unter all diesen Gesichtspunkten erscheint die Erklärung des Ausbringungs-moratoriums zurzeit als voll gerechtfertigt. Zumal ja das Moratorium im Young-Plan ausdrücklich nicht nur zum Schutz der deutschen Währung, sondern auch zum Schutz der deutschen Wirtschaft vorgeesehen ist.

Auf der anderen Seite genügt aber auch diese Erklärung des Ausbringungs-moratoriums völlig, um das Reich aus den Schwierigkeiten herauszuführen, in denen es sich befindet. Ja, es wird nicht einmal nötig sein, das Ausbringungs-moratorium voll auszurufen. Wenn das Ausbringungs-moratorium erklärt ist, braucht Deutschland für eine bestimmte Zeit an sich überhaupt nichts außerhalb des nicht geschützten Teils der fälligen Annuität zu zahlen, das heißt es braucht im laufenden Jahre anstatt ungefähr 1700 Millionen Mark nur 600 Millionen Mark zu zahlen. Nachdem aber bereits einschneidende Maßnahmen zur Sanierung der Reichsfinanzen getroffen sind, ist zur Ueberwindung des neu auftretenden Defizits der volle Betrag, der hierbei erspart wird, gar nicht einmal notwendig. Deutschland würde deshalb gut tun, im Falle es das Ausbringungs-moratorium erklärt, auch über den nicht geschützten Teil der Annuität hinaus den Teil, den es, ohne daß ein neues Defizit in der Reichskasse entsteht, bezahlen kann, freiwillig

ruhig zu bezahlen, wenn es auch dazu unter dem Ausbringungs-moratorium nicht verpflichtet ist. Das wird dem in späteren Jahren zugute kommen, denn wie bekannt Deutschland nach Ablauf des Moratoriums mit den dann fälligen Zahlungen auch die während der Dauer des Moratoriums nicht gezahlten Summen nachzahlen. Es ist sogar notwendig, daß Deutschland so handelt, damit nicht, wenn die Wirtschaftskrise sich durch die Pflicht der Nachzahlung seiner Zahlungen dann wieder neu gefährdet. Auf diese Weise die Wirkung des Moratoriums auf die Gläubigermächte abgeschwächt, was natürlich die Aufnahme des Ausbringungs-moratoriums in der Welt verbessern und Deutschland die ganze Sache wesentlich erleichtern würde.

Endlich wäre damit aber auch erreicht, die Frage der Revision des Young-Planes automatisch in Gang zu kommen und daß die Gläubigermächte dann nicht mehr den Verhandlungen und Beratungen darüber entgegenkämen, während durch einen Antrag auf Revision des Young-Planes die Gläubigermächte zur Überprüfung gezwungen werden könnten. Denn für den Fall der Erklärung des Ausbringungs-moratoriums ist bekanntlich die Zwangs-Einsetzung einer gemischten Kommission vorgeesehen, die Gründe für die Erklärung des Ausbringungs-moratoriums untersuchen und die Mittel zu prüfen hat, die geeignet sind Deutschland aus der Lage herauszuführen, aus der heraus das Ausbringungs-moratorium erklärt hat, und es zu Zahlungen zu befähigen.

So ergibt sich, daß der Beschluß der Reichsregierung, das Ausbringungs-moratorium zu erklären, ein Weg ist, der die Schwierigkeiten zu beheben, die aber allerdings die Reichsregierung insofern nicht unerschöpflich als es jetzt an der Zeit ist, durch Benützung aller Möglichkeiten, die der Young-Plan gibt, die Finanzlage des Reiches und die Wirtschaft in Deutschland während der Dauer der Wirtschaftskrise zu erleichtern. Die Reichsregierung und die Fraktionen Reichstages sollten deshalb die hier angechnittene Frage ernsthaft prüfen.

## Der Kampf um die Zollunion

Henderson beantragt Verweisung an den Haager Gerichtshof  
Oesterreich nimmt bedingungslos an — Auch Curtius lenkt ein

Genf, 18. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Ein großes französisches Memorandum, das ausschließlich und sehr kurz die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gesichtspunkte darlegt, aus denen Frankreich sich einer österreich-deutschen Zollunion widersetzen müsse, ist am Donnerstag veröffentlicht worden. Eine deutsche Gegenüberstellung wurde noch in der Nacht verbreitet. In der französischen Delegation hat sich ein Gegenstand zwischen Briand und dem Autor des Memorandums herausgebildet, insofern, als Briand nicht mehr für das verhängnisvolle Vorhaben ist. Es zeigte sich auch, daß Briand die Oberhand behält, denn er zog sich in der Ratssitzung völlig auf Hendersons Antrag zurück, den Haager Gerichtshof anzurufen.

Reichsfinanzminister Dr. Curtius eröffnete heute vormittag die 63. Ratssitzung, an der zum ersten Male der spanische Außenminister Llorca und der norwegische Außenminister Brundtland teilnahmen. Dr. Benesch, Tschekowalek, Symans-Belgien und Dr. Schöber-Oesterreich waren auf Einladung zur Zollunionsdebatte erschienen.

Zur Zollunionsfrage ergriff zuerst Henderson das Wort. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich seien hervorgerufen worden durch die schwierige wirtschaftliche Lage beider Länder. Er habe die Prüfung der Frage im Hinblick auf die bestehenden Verträge beantragt. Streng juristische Prüfung sei nötig, da das Protokoll von 1922 unter dem Schutz des Rates abgeschlossen worden sei. Die Angelegenheit berühre natürlich auch wirtschaftliche und politische Fragen. Henderson beantragte eine Entschiedenheit, den Internationalen Gerichtshof um ein dringendes Gutachten zu ersuchen, ob der österreich-deutsche Vertrag vereinbar sei mit den Bestimmungen des Vertrages von St. Germain und des Protokolls von 1922. Er hoffe, daß Oesterreich einverstanden sei und bis zur Entscheidung die Arbeiten für den Zollunionsplan nicht fortgesetzt werden.

Schöber sagte, er nehme den Antrag Henderson bedingungslos an. Oesterreich hätte nie die Verhandlungen begonnen, wenn nicht überzogen gewesen wäre von ihrer Rechtfertigung und großen wirtschaftlichen Vorteil. Er schloß sich vollkommen Hendersons an unter der Bedingung, die zur Entscheidung des Gerichtshofes und des Rates nichts in Richtung einer vollen Zolle zu unternehmen.

Henderson fragte darauf nochmals formell, ob das so solle, das bis zum Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes keine weiteren Schritte in den Verhandlungen gemacht werden. Schöber antwortete, daß er ohne jeden Vorbehalt Hendersons Antrag angenommen habe. Er könne also die Versicherung geben, die Henderson hier von ihm verlange.

Nun verlas Briand beruhigt eine Erklärung, daß in dem Memorandum vom Sonntag Frankreichs Standpunkt genau dargelegt sei. Es würden große politische und wirtschaftliche Probleme aufgeworfen, aber er sei mit Henderson einig, zunächst die juristische Seite prüfen zu lassen; so würde er Hendersons Vorschlag, Schöbers Bereitwilligkeit, Status bis zur Entscheidung im Haag nicht zu verändern, bei Akt größten Entgegenkommens.

Grandi enthielt sich in seiner langen Rede wiederum Parteimaße.

Curtius sagte, es sei zwar in erster Linie eine österreichische Frage, Deutschland aber müsse erklären, daß die Zollunion nicht zweifelhaft sein könne. Oesterreich sei abhängig, solange es seine Unabhängigkeit nicht veräußere. Der Gesichtspunkt sei ausschlaggebend. Oesterreich erhebe jedoch keinen unerfüllten Rechtsanspruch keine Einwendung an Hendersons Antrag. Die Reden Briands und Grandis anspornen, nochmals hervorzuheben, daß die Wirtschaftskommission in Europa-Ausschuß noch nicht geschlossen sei. Deutschland habe die Zollunion nicht als Hilfsmittel bezeichnet.

Der Aufbau von unten her, d. h. regionale Vereinbarungen

## Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann

(Copyright 1931 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau.)

23) (Nachdruck verboten)

„Dann wird's schon richtig sein.“

„Karl der Große? Wer war denn das?“

Niemand wollte mehr zurückstehen. Lehrer Ungewitter komponierte schnellst eine Motette. Die Stimmführung ergab im Zusammenklang den schönen Text:

„Als ich ihn rief, antwortete er“

Er mir und errettetetete mich.....“

Das „tetelete“ war in Achteln gesetzt. Um nicht aus dem Takte zu kommen, stampften die Sängerrinnen und Sängler mit den Füßen. Der Komponist wurde von allen Seiten beglückwünscht. Der große Topp sprach sogar von einer „demnächstigen“ Gehaltszulage. Wozuf wiederum Lehrer Ungewitter beschloß, sich mehr auf das Komponieren zu verlegen.

Als sich die Kunde von dieser Huldigung herumgesprach, wollte Ole Karsten, der Padelwitzer Nachwächter, nicht zurückstehen. Er putzte sein Tuthorn und übte in der Stadtparklaube den Hopsopke:

Lütt Doern!

Lütt Doern!

Ich beww bei di een Pantöffel verlor'n....“

Ganz Padelwitz verfolgte mit Spannung seine Fortschritte. Rutschte Ole Karsten aus, dann sagte einer zum anderen: „Er schafft's nicht!“ Ging der Toppregen glatt voranstehen, dann hieß es: „Auf Ole Karsten könn'n wir stolz sein. Wer weiß, ob es noch eine Stadt gibt, die so 'nen Nachwächter hat!“ Als Ole Karsten sein Tuthorn geordnet vorverwaltet hatte, nahm man nur noch ein „Hopsopke“. Das ist eine

Begräbnisarie. Aber Ole Karsten gab nicht nach. Zuletzt ging es so flott, daß die Hände im Morgenrauschen nicht mehr aus den Hüften zu bringen waren. Sie liefen schon davon, wenn sie ihn von weitem sahen.

Schlechter Laune war in diesen Tagen nur Frau Martha Trill. Sie ärgerte sich über das Inserat mit der „nie wiederkehrenden Gelegenheit“.

„Das wollen wir doch einmal sehen!“ zürnte sie und hielt ihrem Gemahl die Anzeigenseite unter die Nase.

„Tja!“ verteidigte sich der, „vielleicht war Thiessen in der Sache etwas unüberlegt. Aber man darf ihm das nicht nachtragen. Er hat alles erst in Schwung gebracht.“

„Das will ich meinen! Wenn ich mich allein auf dich verlassen hätte...“

Am Taufsonntag brachte die Padelwitzer Zeitung auf der Titelseite einen dick eingerahmten Kasten. Er enthielt eine Kundgebung des Bürgermeisters. Die Padelwitzer waren einig, daß sich diesmal der große Topp selbst übertraf. Es wimmelte von Kraft- und Kerntellen. Der Schluß lautete: „Heute abend muß ganz Padelwitz illuminiert sein!“ „Dunnersittchen!“ stanzte Korl Pappmoller, der Altgeselle von Schmied Bullenkopp. „Dat wüll'n wi make!“

Vom frühen Morgen an war alles auf den Beinen. Überall gab es zu sehen und zu hören. Nur die Stadtmusikanten waren überdram. Kanna hatten sie die Schützengilde mit Marschmusik bis zum Trill'schen Hause gebracht, wollten sie schon wieder rennen, um die Lungen mit Tannien heranzubringen. Und so folgte ein Vorstoß den anderen. Nur Lehrer Ungewitter verzichtete auf die barbarische Hornmusik und führte seinen Kirchenchor mit der „tetelete-Motette“ heran. Er mußte allerdings den ersten militärischen Marschschritt antreten und zum Geschwänderschnitt der italienischen Alpenjäger übergehen. Aber

das erhöhte nur die Wirkung. Alles klatschte im Takte in Hände und sang mit.

Auf dem Viehmarkt wuchs der Lärm, das Musizieren Drehorgelgedulle zum Orkan an. Tobias Münchmeier, achtmal sprach, schrie sich heiser. Er gab am Abende Billigen Jakob nichts nach.

Der Höhepunkt war jedenfalls, als er den Tausling dem Steckkissen nahm und über den Gartenzaun der Me präsenzierte. Die Musikanten bliesen ihren Tusch. Als schrie: „Hurra!“ Der dumme August vom Zirkus „Mau warf vor Begeisterung seinen Spitzfilz in die Höhe und ihn wieder auf, und Margarete, das Wunder auf dem gesattelten Araberhengst Nympha, schickte Kuhhände herüber.

Nur der kleine Theo Tass Trill stand nicht auf der Höhe des Augenblicks. Er schrie aus Leibeskräften und wehrte sich auch sonst gegen das Ungewohnte.

„Säh, Vadding, hei...“

„Wie bei unsern Kindern auch!“

Ole Karsten, der von dem Ratsherrn für seinen Hopsopke einen Taler erhalten hatte, erzählte am nächsten Morgen mit Grabestimme, daß um Mitternacht ein Feuerschweif über den Himmel entlang gejagt sei.

„Wetterleuchten!“ meinte ein Zweifler.

Ole Karsten sah den Ungläubigen herablassend an. „Ich weiß, was ich weiß“, sagte er. „Da ist wohl der St. von Bethlehem auch nicht dagewesen, he? Wenn ich mich habe einen Feuerschein über der Rathauskne gezeichnet, so ist das so. Und was dies Himmelszeichen bedeutet, das sich auch jeder denken. Erst die drei „T's: dann der Feuerschein: Padelwitz geht seiner Zukunft entgegen.“

„Das tut doch jeder von uns!“

Jetzt wurde Ole Karsten ungemütlich, stand auf und sagte von der Tür her: „Korl Pappmoller... Du bist ein Sozialdemokrat!“

(Fortsetzung folgt)

neben den Gesamtfragen in Betracht gezogen werden. ...

Der Wortlaut von Hendersons Antrag

Genf, 18. Mai. (Eigener Funtribert.) ...

Das Kontrollkomitee der Garantien für die ...

Genf, 19. Mai. (Eigener Funtribert.)

Der Kontrollausschuss für die österreichische ...

Genf, 19. Mai. (Eigener Funtribert.)

A. Kr. Wir haben sehr den Eindruck, daß Curtius' ...

So scheint uns Curtius in Genf mit seiner ...

Wie ist das zu erklären? Für Henderson scheint ...

Das Heft vollends aus der Hand geschlagen ist ...

durch innerpolitische Wühlereien in eine offene ...

Konflikt zwischen Sozialisten und Radikalen in Frankreich

Wegen der Niederlage Briands und seiner Ursachen

Paris, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Das gespannte Verhältnis, das schon seit längerer ...

Inzwischen hat Herriot einen Brief an Léon Blum ...

Paris, 18. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der durch den Ausgang der Präsidentschaftswahl ...

Briand will seine Demission aufrecht erhalten

Nach einer Meldung, die aus der Umgebung Briands ...

Die Kombinationen über Briands Nachfolger

Paris, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

In politischen Kreisen wird bereits die Frage ...

Sonnengebräunte Haut ...

Bildung seines Kabinetts benutzen, wozu die ...

Neue Weltweizenkonferenz in London

Aur die Weizen ausführenden Länder betitelt

In London wurde am Montag die von den Weizen ...

Die Arbeitslosenfrage in England

Berwaltungs-Kommission will Unterstützung ...

Die von der englischen Regierung eingeleitete ...

Beruhigung in Spanien

Aufhebung des Belagerungszustandes in Madrid

Der Belagerungszustand für Madrid Stadt ...

Der Bischof von Victoria verließ auf Aufforderung ...

Allgemeine Armeereform - Wahlen am 28. Juni

Kriegsminister Agaña machte einige Mitteilungen ...

Die elegantesten und besten **Herren-**  
 Anzüge, Mäntel, Knickerbocker, Wochenendhemden  
 kaufen Sie **jetzt vor Pfingsten** zu noch nie dagewesenen **billigen Preisen** nur bei  
**Riedel & Co., Breslau, Reuschestraße Nr. 16/17**  
 Achten Sie auf die Firma, dann Sie sparen viel Geld. Der Weg lohnt sich.  
 Zahlungs-Erleichterungen

Verband der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter  
 Am 17. Mai verschied unser Mitglied, der  
 Invalide  
**Heinrich Mücke**  
 im Alter von 61 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
 Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.  
 Beerdigung: Mittwoch, den 20. Mai, 16 Uhr, von  
 der Leichenhalle in Tschansch.  
 Trauerhaus: Karl-Marx-Straße 25.

Am Sonntag, den 17. Mai, verschied nach langer,  
 schwerer Krankheit unser Genosse  
**Heinrich Mücke**  
 im Alter von 61 Jahren. 1926  
 Ehre seinem Andenken!  
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands,  
 Ortsverein Breslau, Distr. 43, Tschansch.  
 Beerdigung: Mittwoch, d. 20. Mai, nachm. 4 Uhr,  
 von der Friedhofshalle in Tschansch. Zahlreiche  
 Beteiligung der Parteigenossen ist erwünscht.

Am 17. Mai 1931 verstarb unser Freund, der  
 Stellmacher  
**Gustav Niedergesäß**  
 im Alter von 50 Jahren. 1925  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
 Die organisierten Stellmacher  
 der Linke-Hofmann-Busch Werke.  
 Beerdigung: Mittwoch, 20. Mai, nachm. 3 Uhr,  
 von der Leichenhalle St. Barbara in Cosel.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband  
 Zehlstelle Breslau  
 Am 17. Mai verstarb unser langjähriges Mitglied  
**Mathilde Hahn geb. Jaebuel**  
 im Alter von 84 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihr  
 Die Mitglieder der Zehlstelle Breslau.  
 Beerdigung: Donnerstag, den 21. Mai, 16.45 Uhr  
 in Cosel, Nikolafriedhof. 1927

**Primus**  
 BELEUCHTUNGSGERÄTE

Vom 19. bis 23. Mai 1931  
 tägl. ab 4 1/2 Uhr  
 Eintrittspreise ab 60 Pf.  
 Erwerbslose bis 6 3/4 Uhr  
 halbe Preise

**Mädchenhandel**  
 Tenfilm - Schauspiel:

**Der Weg nach Rio**  
 Hergestellt unter Protektorat  
 der Liga zur Bekämpfung des

**Mädchenhandels**  
 Erlebnis tiefster Wirkung  
 spannendster Handlung  
 blendender Darstellung

**Warnung für Frauen und  
 unerfahrene Mädchen!**  
 In den Hauptrollen:  
 Maria Solvey, Maria Foreske  
 Renita v. Walter, Leo Hardy  
 Gsk. Marion, Angela Ferrari  
 Ernst Reichert, Kurt Geron  
 v. Winterstein, I. Falkenstein

**Micky Maus**

**Ufa-Wochenschau**

Heiterkeit, 2 Akte:  
**Vom Waffelhäcker zum Detektiv**

Lachsalven, 2 Akte:  
**Aspahr im Mädchenpensionat**

**Berner Oberland**

**1. und 2. Pfingstfest**  
 nachmittags 3 Uhr

Kinder und Erwachsene 30 und 50 Pf.  
**Doppeldieler Programm**  
 Tom Mix, Cowboy-Sensation

**Sturmwind's Rache**  
 Großfilmspiel 6 Akte. 472

**Das Wochenendliebchen**

**Nachruf!**  
 Am 17. Mai verstarb nach langem schwerem Leiden  
**Herr Oberwerkmeister**  
**Max Michallik**  
 Der Heimgegangene hat seit 28 Jahren die um-  
 fangreichen technischen Anlagen unserer Anstalt  
 geleitet und sie aus bescheidenen Anfängen zu ihrer  
 jetzigen Vollkommenheit entwickeln helfen.  
 Sein unermüdlicher Fleiß, seine umfassenden  
 Kenntnisse, sein unbestechlicher Sinn für Gerechtigkeit  
 haben uns den Verstorbenen zu einem hochgeschätzten  
 Mitarbeiter und Berater werden lassen. 1929  
 Dem Namen dieses verdienstvollen Mannes ist  
 in unseren Reihen ein ehrendes Gedenken gesichert.  
**Der Direktor**  
 die Beamten, Angestellten, das Pflege- u.  
 Wirtschaftspersonal der Heilstätte u. des  
 Pflegehauses in Breslau-Herrnprotsch.

Deutscher Hutarbeiter-Verband.  
 Am 17. Mai verstarb nach kurzem, schwerem  
 Leiden unser Kollege, der Hutmacher  
**Karl Protzner**  
 im Alter von 58 Jahren. 1924  
 Sein Andenken werde stets in Ehren halten  
 Die Mitglieder der Zehlstelle Breslau.  
 Beerdigung: Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags  
 2 Uhr, von der Kapelle des Pohlnowitzer Friedhofes.

Monistische Gemeinde Breslau E. V.  
 Ortsgruppe des Volksbundes für  
 Geistesfreiheit - Grünstr. 14/16  
 Mittwoch, 20. Mai, 20 Uhr  
**Vortrag** 1918  
 Redner: Emil Machek  
 Thema: I. Malasucht. II. Die religiöse Krise  
 Eintritt frei! Jedermann hat Zutritt!

bei Thoma, Heroldstr. 10  
 in allen Apotheken erhältlich  
**Carl Adamy** Stäbchen  
 (Hofen-Apothek)



Die Hausfrau wartet auf Ihre Anzeigen; das  
 Angebot in der „Volkswacht“ erleichtert die  
 Vorprüfung des Marktes, werbende Geschäfte  
 helfen der Hausfrau sparen!  
 Wer regelmäßig durch die Spalten der  
 „Volkswacht“ spricht, erfüllt stets den  
 höchsten Dienst am Kunden; der Leser  
 unseres Blattes wird bei seinen Einkäufen  
 in erster Linie die in seiner Zeitung  
 werbenden Unternehmen bevorzugen.

Heute  
**Der geistliche Maien**  
 Eine Feierabendstunde 1929  
 in der Kirche zu St. Bernhardin, abends 8 Uhr  
 Karten: Malascher, Er. Buchhandlung 9, 5 - d. Straße

**Inferte** erzielen in unserer Zeitung  
 den größten Erfolg!

**Biochemie**  
 Mittwoch, 20. Mai, 20 Uhr, im groß.  
 Saal des Gewerkschaftshauses:  
**Lichtbildervortrag**  
 von Herrn Piller-Berlin über:  
 Herzkrankheiten, Arterienverkalkung und  
 Schlaganfall, deren Entstehung, Ver-  
 hütung und erfolgreiche Bekämpfung  
 Für Mitglieder freien Eintritt. Gäste 20 Pf.  
 Biochemischer Verein Breslau, Begr. 1913, E. V.  
 Maschinger, 1. Vorsitzender.

**STADTTHEATER**

Dienstag, 20.15 bis 22.45  
 Abonn.-Bort. E 19  
 Madame Butterfly  
 Mittwoch, 19.30 bis 23  
 Abonn.-Bort. F 19  
 Esen des Diefel  
 Donnerstag, 19.30 bis nach 23  
 Abonn.-Bort. D 20  
 Das Bellen vom Frontmarte

**LOBETHEATER**

Täglich 20.15 bis 22  
 Die fünf Frankfurter

**THALIATHEATER**

Täglich 20.15 bis 22.45  
 Kabale und Liebe

**Schauspielhaus**

Täglich 8 Uhr  
 Gastspiel des  
 Meißner-Theaters, Hannover  
 Günther Fischer in  
 Liebe und Trompetenblasen  
 Preise 50 Pf. bis 4 Mk.

**Fahrad**  
 Kette 1/2 x 1/8 0.80 Mk  
 Pedal m. G. 1.22 Mk  
 Schmiebrücke 20 b  
 8046

Die „Frauenwelt“ den Fra-  
 zum Lesen. Denken und Schau  
**„Frauenwelt“**  
 eine Halbmonatsschrift für die F-  
 des schaffend. Volkes. Preis 35  
 Zu bestellen bei all Zeitungsträg-

**Messner**  
 Schmiebrücke  
 Das große  
**Kaufhaus**  
 mit den  
**kleinen Preisen**  
 in der  
**Schmiebrücke**  
 Neue Eingänge  
**Washstoffe**  
 Hauptpreislagen:  
 45 Pf. 58 Pf. 75 Pf.  
 95 Pf. 1.25

**Lebensbilder**  
 erzählt von Willy Cohn  
**Wilhelm Liebknecht**  
 Mit 1 Bildnis 60 Pfennige  
 Volkswacht-Buchhandlung

**Wera**  
 8. leichte 6 Pf.  
 Zigarette  
 C. Kretschmer  
 Schönb. 29 b  
 1921

**Wettermäntel**  
 Windjacken  
 auch für Damen und Kinder  
 Treibcoats-Gummimäntel  
 Lederkleidung  
**Oskar Dehmel**  
 Neumarkt

**Bruderei Bollmann**  
 1 Damenjahres, full  
 nur nur 35 Pf. zu best.  
 Breslau 7. Marktstr. 48

**Deckbetten**  
 15.-, 20.-, 25.- u. 35.-  
 Rufen 5.-, 6.- u. 7.50  
**Reißhaus Delsner**

**Pfingstangebot**  
 in allen modernen Moden  
 Trachten  
 Modischer  
 Sportartikel  
 zu billigen Preisen  
 D. Juchacz  
 Koperschmidtstr. 11  
 Bitte auf Firma zu achten

**Kleine Anzeigen**  
 mit Kompens. gegen  
 spezifische Anzeigen von  
 G. Juchacz  
 3. Wieninger Str. 4





# Bezirkskonferenz der schlesischen Gemeindearbeiter

# Arbeiter-Sport

Am 17. Mai fand in Breslau eine Bezirkskonferenz der Gemeindearbeiter. Gemeindeführer und Verwaltungs- und in kommunalen Straßen, Gas- und Werksbahnen beschäftigten Mitglieder der Reichsleitung D. Stettin, Kollege Leppin referierte über Lohnabbau und Arbeitszeitverkürzung in den deutschen Gemeinden und führte folgendes aus: Die heftigsten in einer Zeit äußerster wirtschaftlicher Depression. Es ist notwendig, auf die heutige Krise und die damit verbundene Notlage der Arbeitnehmer einzugehen. Eine Herabsetzung der Löhne ist nicht geeignet, die Wirtschaft zu beleben, sondern kann nur geschehen durch Hebung der Massenkaufkraft. Bedarf an Verbrauchsgütern wäre in der Arbeiterklasse genug vorhanden, wenn diese höhere Löhne bekäme. Zugunsten ist, daß die Gemeinden sich zurzeit in einer finanziellen Notlage befinden. Verträge hierfür liegt zum Teil in der Kapitalflucht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes werden mitbestimmend auf die politischen Verhältnisse. In Deutschland hat die Politik des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht, die auf Verdrängen der Privatwirtschaft erfolgte, den Gemeinden die Ausleihkredite entzogen. Die Gemeinden mußten die Kredite auf dem Umwege über die deutschen Banken als kurzfristige Kredite aufnehmen und statt 7 Prozent 9 bis 13 Prozent Zinsen zahlen. Die Wahl des 14. September führte zu einer weiteren Kapitalabflucht. Diese Situation benutzten die Unternehmer, um gegen die öffentliche Hand einen verheerenden Kampf zu führen. Die öffentlichen Hand einen verheerenden Kampf zu führen. Die öffentlichen Hand einen verheerenden Kampf zu führen. Die öffentlichen Hand einen verheerenden Kampf zu führen.

als 10 Betriebsvertretungsmitgliedern ist ein Vertrauensmann zu bestimmen. Im Bezirk ist die Zusammensetzung bereits erfolgt durch die Wahl von 5 Kollegen in den Bezirksrat. Beim Verbandsvorstand ist eine Abteilung für Betriebsvertretungen errichtet, der ein Beirat von 12 Mitgliedern zur Seite steht. Den Ortsverwaltungen wurde zur Pflicht gemacht, halbjährlich einen Situationsbericht zu geben. Mit einem Hoch auf den Gesamtverband wurde um 18 Uhr die voll Einmütigkeit verlaufene Konferenz geschlossen.

## Politische Nachrichten Kommunistische Zweckflüge

Sie verleumben mal wieder Seering

Durch die kommunistische Presse geht unter der Überschrift: „Kinderpeinigung in Schweden mit au“ eine Notiz, in der behauptet wird, Minister Seering habe im Jahre 1929 als Reichsinnenminister in einer Denkschrift sich gegen die Kinderpeinigung mit der in der Ueberschrift wiedergegebenen Begründung gewandt. Selbstverständlich ist an dieser ganzen Nachricht kein wahres Wort. Zum Beweis für ihre verleumderischen Behauptungen führt die kommunistische Presse eine im Jahre 1929 vom Reichsgesundheitsamt ausgearbeitete Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1927 an, die Seering als damaliger Reichsinnenminister dem Reichstag zur Kenntnis weitergereicht hat. Diese Denkschrift, die 24 Druckseiten stark ist, berichtet über den Stand der Bevölkerung, Sterblichkeit, Geburtenzahlen, Erkrankungen usw. und geht dabei auch auf die Maßnahmen, die zur Hebung des Gesundheitszustandes ujm. getroffen wurden, ein. Selbstverständlich werden alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Sterblichkeit und der Krankheitsursachen in diesem Bericht über den Stand des Jahres 1927 durchaus bejahend hervorgehoben. In dem Kapitel Gesundheitspflege wird gerade über die Kinderfürsorge gesagt, daß die öffentlichen Einrichtungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit immer allgemeiner Anerkennung finden. Auch auf die Säuglingsfürsorge und die Schulpeinigung, die sich damals in zunehmender Entwicklung befand, wird hingewiesen. Dabei wird lediglich registriert, daß Stimmen gegen eine wahllose Ausdehnung der Schulpeinigung laut werden, die eine Beschränkung der Schulpeinigung auf die tatsächlich bedürftigen Fälle wünschen. Die kommunistische Presse aber reißt aus dieser medizinisch-hygienischen Denkschrift wenige Sätze ohne jeden Zusammenhang, um so dem Sozialdemokraten Seering verleumderisch nachzugehen, er habe sich gegen die Kinderpeinigung gewandt.

## Die Außenpolitik der Nazis

Sehr einfach und sehr — bündig

Stuttgart, 18. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die württembergischen Nationalsozialisten hielten am Sonntag und Sonntag in Stuttgart einen Gau-Parteitag ab. Nach dem von ihnen selbst ausgegebenen Pressebericht hat bei dieser Gelegenheit der Führer der Nationalsozialisten im Reichsdeutschen Landtag, Abgeordneter Rade, die Grundzüge, an denen sich die auswärtige Politik der Partei orientiert, in folgenden Sätzen zusammengefaßt: „Heute stehen wir in Europa vier Machtsgruppen gegenüber: der italienische Machtkreis, der französische mit seinen Trabanten Polen, Tschechoslowakei und Südslawien, der englische mit Belgien und den Randstaaten und Sowjet-Rußland. Die Nationalsozialisten halten es mit dem Grundgesetz: die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde. Frankreich war, ist und wird immer bleiben unser Feind, deswegen muß mit den künftigen Gegnern Frankreich ein künftiges Bündnis vorbereitet werden, und das ist mit England und Italien.“

## Franzen spielt Diktator

Braunschweig, 19. Mai. (Eig. Funkenbericht.)

Minister Franzen hat den Eltern, deren Kinder am 11. und 12. April am Schulstreik der weltlichen Schule teilnahmen, einen Strafbefehl übermitteln lassen, wonach sie eine Haftstrafe von drei Tagen antreten müssen. Hunderte von Strafbefehlen sind bereits durch die Polizei angesetzt worden. Bei früheren religiösen Schulstreiks der Reichsleitung war eine Geldstrafe von zwei Mark verhängt worden. Der weltliche Elternbund wird eine richterliche Entscheidung beantragen. Franzen rüht sich offenbar schon als Diktator, da er halb Braunschweig ins Gefängnis stecken will.

## Die Zusammenlegung des internationalen Gerichtshofes

Haag, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Haager Ständige Internationale Gerichtshof bestimmte zu Mitgliedern eines ungarisch-rumänischen Schiedsgerichtes des delo Baria, Mexiko und Michael Hanfson-Norwegen, des ungarisch-tschechoslowakischen Schiedsgerichtes Alvarez-Chile und van Heekeren van Kell-Niederlande, des ungarisch-jugoslawischen Schiedsgerichtes van Hamel-Niederlande und Nyholm-Dänemark. Alle drei Schiedsgerichte werden sich mit Streitfragen auf Grund des Vertrages von Trianon zu befassen haben. Wegen der polnisch-litauischen Streitfrage hinsichtlich des Anschlusses des litauischen Eisenbahnnetzes an das polnische auf der Strecke Lubawarow-Kaissa-darys haben beide Regierungen dem Internationalen Hof ihre Vertreter angewiesen. Die 21. Sitzung des Hofes wurde für geschlossen erklärt.

Wenn jeder Leser einer neuen Leser wird, ist die Auflage unserer Zeitung verdoppelt!

### Schlußsätze

Im Schlußsatz war das Wort „Schiedsgericht“ enthalten — und zwar nicht nur im Schiedsgericht, sondern auch in den Schiedsgerichten. Die Schiedsgerichte sind die Schiedsgerichte, die die Schiedsgerichte sind. Die Schiedsgerichte sind die Schiedsgerichte, die die Schiedsgerichte sind.

Der Arbeiter-Athletenverein Breslau 1911 in der Bauh... Am 10. Mai wollte der „A.S.V. 1911“ mit der 1. Mannschaft in Gensla bei Gensla um gegen den dortigen Sportverein „Kraftsportverein Gensla“ einen Freundschaftskampf austragen. Die heimische Vereinsmannschaft konnte mit 17:11 Punkten...

Im Ringkampf muß sich Haushild Gustav-Breslau überwinden von Westphalen-Breslau in 1.30 Minuten durch Hüftschwung besiegen, während Haushild im Rückkampf in 2.15 Minuten durch Uebermurt von hinten Hegreich siegt. Im Bantamgewicht steht Koldsch-Breslau gegen Dants-Breslau auf verlorenem Posten. Er verliert im Vorkampf nach 2.30 Minuten durch Einbrüden der Brücke. Im Rückkampf in 3.40 Minuten durch seitlichen Uebermurt. Zwei gleichwertige Gegner treffen sich im Federgewicht in Brona-Breslau und Winter-Breslau. Im ersten Kampf verliert der Breslauer in 7.30 Minuten durch Einbrücken der Brücke, renouviert aber dann in 1.30 Minuten durch Seitenaufrichter mit Uebermurt. Den zweiten Kampf liefern sich im Federgewicht zwei gleichwertige Gegner, die im Vorkampf trennen sie sich unentschieden, während der Breslauer im Rückkampf in 3.50 Minuten durch Hammerlock freigelegt, doch kann Friedig-Breslau durch gute Verteidigung unentschieden erzwängen. Unentschieden verliert auch der erste Kampf im Halbfliegengewicht zwischen Weiser-Breslau und Stahr-Breslau. Im zweiten Gang verliert Weiser in 4.45 Minuten durch doppelseitigen Armhebel. Das Schwergewicht bringt in Koldsch-Breslau und Kieders-Breslau zweite harte Gegner. Im Vorkampf hat der Breslauer in 3.10 Minuten durch Hüftschwung, muß sich aber im Rückkampf mit einem Unentschieden begnügen. Eine gute isortliche Leistung vollbrachten der Federgewichtler Reif-Brüder und der Leichtgewichtler Kühn, beide vom „A.S.V. 1911“, welche der Fahrpad nach Kottbus führen und beim Wettkampf schließlich des 35-jährigen Befehlers des „Sportklub Alben Kottbus“ die ersten Plätze im Feld belegten.

### Ergebnisse der Spiele am 24. Mai (1. Feiertag)

- 15.30: Union I — „Jr.“-Vollklubben I; Deutsch-Lisse; 201
- 16.30: Kamslau I — Schomberg I; Kamslau; 83.
- 16.30: Herold I — Tasmania I; Sactau; 61.
- 17.20: B.F.K. I — Schmolz I; Kiemannshöhe; 102.
- 18.30: Biele I — B.F.L. Wärdorf I; Janthofwiese; 136.
- 17.00: Strehlen I — 1921 I; Strehlen; 158.
- 17.30: Obernigt I — Sileha-Riders I; Obernigt; 143.
- 17.00: Koberwitz — Eintracht I; Koberwitz; 21.
- 16.40: Herrnpotitz — Eintracht I; Herrnpotitz; 183.
- 17.00: Trebnitz — 1924 I; Trebnitz; 53.
- 17.00: B.F.S. I — Langenbielau I; Ostschin; 28.
- 15.00: B.F.S. II — Langenbielau II Ostschin; 128.
- 15.00: Trebnitz II — 1924 II; Trebnitz; Herold.
- 15.00: Herrnpotitz II — Eintracht II; Herrnpotitz; Sturm.
- 15.00: Koberwitz II — Eintracht II; Koberwitz; 21.
- 16.00: Obernigt II — Sileha-Riders II; Obernigt; Sturm.
- 14.00: Obernigt III — Sileha-Riders III; Obernigt; Sturm.
- 15.00: Strehlen II — 1921 II; Strehlen; 168.
- 15.00: Biele II — B.F.L. Wärdorf II; Janthofwiese; Sactau.
- 13.30: B.F.K. III — Schmolz III; Kiemannshöhe; B.F.S.
- 13.30: B.F.K. III — Schmolz III; Kiemannshöhe; Stern.
- 15.00: Herold II — Tasmania II; Sactau; Hundsfeld.
- 15.00: Stern III — 1924 III; Gröbchen; Einigkeit.

### Jugend- und Schülermannschaften

- 14.00: Herold Jgd. I — Tasmania Jgd. I; Sactau; Hundsfeld.
- 13.30: Trebnitz Jgd. I — 1924 Jgd. I; Trebnitz; Herold.
- 14.00: Union Jgd. I — John-Bergis Jgd. I; Deutsch-Lisse; 21.
- 14.00: Stern Jgd. I — Herta-Bergis Jgd. I; Gröbchen; 64.
- 9.30: Obernigt Schüler — F.S.S. Schüler; Obernigt; Bacten.
- 10.45: Obernigt Jgd. I — Einigkeit Jgd. I; Obernigt; Bacten.

### Ergebnisse der Spiele am 25. Mai (2. Feiertag)

- 17.00: Trebnitz I — Oswig I; Trebnitz; 40.
- 18.00: Ohlau I — Herta I; Ohlau; 217.
- 17.30: Einigkeit I — Rapid I; Groß-Mochbern; 18.
- 17.00: Hundsfeld I — Schönbanitz I; Hundsfeld; 183.
- 17.00: Herold I — Bernstadt I; Sactau; 144.
- 17.00: Strehlen I — Stern I; Strehlen; 2.
- 15.30: Dels I — Jr.-Vollklubben I; Dels; 18.
- 16.30: Südost lomb. — Schweidnitz I; Klettenberg; 66.
- 10.00: Kamslau I — Wilitz I; Dels; Dels.
- 10.00: Bernstadt I — Feckenberg I; Dels; Dels.
- 8.15: Juliusburg I — Schmarje I; Dels; Dels.
- 15.00: Trebnitz II — Oswig II; Trebnitz; 40.
- 14.00: Ohlau II — Herta II; Ohlau; Wärdorf.
- 12.00: Ohlau III — Herta III; Ohlau; Wärdorf.
- 15.00: Einigkeit II — Rapid II; Groß-Mochbern; Herta.
- 14.00: Einigkeit III — Rapid III; Groß-Mochbern; Herta.
- 15.00: Hundsfeld II — Schönbanitz II; Hundsfeld; Wier.
- 15.00: Herold II — Bernstadt II; Sactau; Janthof.
- 9.00: F.S.S. III — 1923 III; Babelparf; B.F.L.

### Jugend- und Schülermannschaften

- 15.00: Sparta I Jgd. — John-Bergis I Jgd.; Schöckhof; Janthofwiese.
- 11.00: F.S.S. Schül. — 1928 Schül.; Babelparf; Bacten.
- 16.00: Strehlen Jgd. — Stern Jgd.; Strehlen; 29.
- 17.00: Dels I. Jgd. — Südost I. Jgd.; Dels; Dels.
- 11.00: Herrnpotitz I. Jgd. — Schmolz I. Jgd.; Herrnpotitz; 28.

### Arbeiter-Kulturvereine

Arbeiter-Operntruppe Breslau. 19. Mai, um 8 Uhr. Gewerkschaftshaus, Vorabendkonzert. — 22. Mai, 8 Uhr. Dittler, Marktstraße 26, Übungsabend.

Freie Menschen. Heute abend sind alle Jugendlichen und die welche Minderjährigen miteinreden wollen, in der Gewerkschaft, Gartenstraße.

### Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Altstadt (Kopierdruck, auch mit Querschnittsbildern versehen.)  
Die künftige Wetterlage, die uns gestern und vorgestern die Wetterstationen gezeigt hat, ist nunmehr in ganz Schlesien durch die Wetterstationen der Luft verändert worden. Die Zukunft dieser Wetterlage ist noch nicht absehbar. Nach heutigem Stand der Dinge sind die Wetterstationen der Luft verändert worden. Die Zukunft dieser Wetterlage ist noch nicht absehbar. Nach heutigem Stand der Dinge sind die Wetterstationen der Luft verändert worden.

Für die Küche — für den Tisch  
immer fein und  
immer frisch  
**Panella**  
MARGARINE  
DIE FEINE  
PREISWERTE MARGARINE

# Der polnische Faschismus rechtfertigt sich, soweit sein internationales Renommée das erfordert

## Polnische Regierung über Maßnahmen zu Gunsten der deutschen Minderheit in Polnisch-Schlesien

In einem in der polnischen Presse veröffentlichten ausführlichen Bericht der Warschauer Regierung wird festgestellt, daß die Verhütung der Gemüter in Oberschlesien in vollem Umfange erreicht worden ist. Seit Beendigung der Wahl in Oberschlesien herrsche vollkommene Ruhe und Ordnung, trotz der vorhandenen Wirtschaftskrise. Die polnische Regierung zeigt dann Veränderungen des schlesischen Regimes zugunsten der deutschen Minderheiten auf. Außerdem wird die Erklärung Dr. Graczyński bei der Eröffnung der dritten Session des schlesischen Sejms am 9. Dezember v. J. angeführt, in der davon die Rede war, daß die Rechte der deutschen Minderheit unter dem besonderen Schutz der polnischen Regierung stünden. Die polnische Regierung erklärt weiter, daß der schlesische Sejms am 17. März d. J. eine besondere Konferenz mit den schlesischen Starosten abhielt, in der er in klarer Weise die Notwendigkeit hervorzuheben hatte, der deutschen Minderheit besonderen Schutz angedeihen zu lassen. Außerdem habe der Wojewode am 20. März ein Sonder-Rundschreiben an alle Kommandanten der Wojewodschafts-Polizei versandt, das in demselben Sinne gehalten gewesen sei. Die polnische Regierung stellt weiter fest, daß die letzte Sitzung des schlesischen Sejms, an der Vertreter beider Nationalitäten teilnahmen, in einer überaus harmonischen Atmosphäre verlief. Das Budget 1931/32 sei einschließlich des Dispositionsfonds auch mit den Stimmen des (bürgerlichen) Deutschen Klubs angenommen worden, was von dem größten Vertrauen der legalen Vertreter der deutschen Minderheit zum Wojewoden zeuge. Das Budget der Wojewodschaft Schlesiens zeige besondere Summen für die kulturellen Interessen der nationalen Minderheit in Oberschlesien vor, insbesondere für die Erhaltung des deutschen Theaters.

In einer besonderen Anlage zum Bericht führt die polnische Regierung zahlenmäßig alle Anordnungen des Bezirks-Staatsanwalts in Kattowitz über Vorkommnisse der Verhütung in Oberschlesien an, insbesondere gegenüber den deutschen Nationalisten. Der Staatsanwalt habe in 121 Fällen Klage erhoben, in 104 Fällen hätten die Geschädigten keine Klage erhoben, obwohl der Staatsanwalt daran erinnert habe, daß die Klage persönlich zu erheben sei. In 27 Fällen hätten die Geschädigten ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß ihr Fall in der

Bittschrift des Deutschen Volksbundes an den Völkerbund mit angeführt sei. Der Staatsanwalt habe festgestellt, daß der Volksbund ohne den Willen der Geschädigten die Unterschrift unter ihre Klage gesetzt habe. In 52 Fällen seien die Beschuldigten mit Geldstrafen bis zu einigen 10 000 Zloty oder bis zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Daß die Genfer Debatten einen gewissen Einfluß auf die Minderheitenpolitik des polnischen Faschismus, mindestens für das ehemalige Abstammungsgebiet der Wojewodschaft Schlesiens mit sich gebracht haben, kann anerkannt werden. Aber die polnische Regierung irrt, wenn sie meint, daß die Rechte der Minderheit in Polnisch-Schlesien deshalb für die Weltöffentlichkeit fortan als gesichert gelten. Die Begleiterscheinungen bei den letzten Schulanmeldungen legen ein berechtigtes Zeugnis dafür ab, daß der Geist der alte geblieben ist, wenn man auch die Methoden mit Rücksicht auf außenpolitische Abhängigkeiten ein wenig modifizierte. Zur Eringung moralischen Credits, auf den das Völkervertrag-Regime vielfach angewiesen und daher bedacht ist, bedarf es des Vertrauens, und dieses Vertrauen ist nicht vorhanden. Faschismus ist Faschismus, nationalistisch, autoritär und gewalttätig und auch Herr Graczyński, der Staatshalter in Kattowitz, kann sich selbst auf die Dauer nicht verleugnen.

Die bürgerlichen Kreise der deutschen Minderheit aber haben, wie man aus dem Bericht entnehmen kann, auch ihr Teil dazu beigetragen, damit die polnischen Faschisten „harmonischen Atmosphäre“ konstatieren können. Das Recht des deutschen Volkes, aller Minderheitsvölker im polnischen Staat wird erst dann gesichert und in guter Obhut sein, wenn die sozialistisch-gesinnte Arbeiterchaft im politischen Geschehen eines demokratischen Polen bestimmend sein wird.

# Parteitage in Polnisch-Schlesien

## Polnischer Sozialist für Einigkeit der Arbeiterbewegung in Polen Die Arbeit der Sozialisten im schlesischen Sejm

In Kattowitz hielt der Bezirk Oberschlesien der Deutschen Sozialdemokratie in Polen dieser Tage ihre diesjährige Konferenz ab, auf der Genosse Komoll den Jahresbericht erstattete und eine erfreuliche Stabilität der Organisation feststellte. Die Wirtschaftskrise und die mit ihr verbundene Arbeitslosigkeit haben der bisherigen Entwicklung der Parteiorganisation die 76 Ortsgruppen nicht einen Abbruch getan. Die an die Berichterstatter anschließend vorgenommenen Vorkundwahlen haben die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Bezirksvorstandes gebracht.

Bedenklich waren die Begrüßungsworte des Vertreters der polnischen Bruderpartei der aus einer Darlegung der gegenwärtigen Situation des Kapitalismus die Ergriffung der politischen Macht und die Aufrihtung der sozialistischen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung als Gegenwartsaufgaben des Proletariats ableitete. Die Voraussetzung dafür sei für das Proletariat Polens, die Einigung aller sozialistischen Parteien Polens. Wir haben, sagte er, den „Zentralismus“ geschaffen, aber die Vereintigung der sozialistischen Parteien Polens haben wir noch nicht erreicht. Weiter stellte er mit Nachdruck die Forderung nach außerparlamentarischer Aktion im Kampf für die polnische Demokratie auf. Der Höhepunkt der Konferenz war die Berichterstattung über die Tätigkeit der sozialistischen Fraktion im schlesischen Sejm durch den Genossen Glucksmann. Glucksmann schilderte die außerordentlichen Arbeitsschwierigkeiten der sozialdemokratischen Dreimännerfraktion in dem 48köpfigen Parlament. Als wichtigste Aufgabe betrachtete die Fraktion die Durchsetzung für die Erwerbslosen und die Befreiung der außerordentlichen Wohnungsnot in der Wojewodschaft. Dank ihres energischen Vorgehens in den Budgetberatungen ist es gelungen, den Unterzubehaltungsbetrag für die Erwerbslosen aus der schlesischen Mitteln von 2 Millionen auf 4,2 Millionen Zloty zu erhöhen. Die Sozialisten wehren sich auch gegen die unsoziale Haussteuer, fordern die Befreiung der Wohnungsnot und die Ersparrung bei den Mittelausgaben.

Hinsichtlich der Wahrung der deutschen Interessen führte der Redner interessante Beispiele für die Unentschiedenheit und Souveränität der bürgerlichen Deutschen Wahlgemeinschaft an. So überließ es die Deutsche Wahlgemeinschaft der sozialistischen Fraktion (die bekanntlich aus zwei deutschen und einem polnischen Genossen besteht) für die Subventionierung des deutschen Theaters einzutreten. In einem Protest gegen die geiz- und verfassungswidrige Bedingung der polnischen Minderheiten Rechte, die Bewilligung der Subventionierung des deutschen Theaters von einer entsprechenden Maßnahme gegenüber dem polnischen Theater in Deutsch-Oberschlesien abhängig zu machen, konnten sich die Vertreter der Deutschen Wahlgemeinschaft ebenfalls nicht enthalten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde Strenghaltung des Gesamtministeriums, eine soziale Staffierung der Haussteuer und eine auskömmliche Arbeitslosenunterstützung gefordert.

Nachdem die Agitationsmöglichkeiten für die sozialistische Presse, der Ausbau der Jugend- und Kulturorganisationen und

die Notwendigkeit der engsten Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften erörtert worden waren, wurde die gut verlaufene Konferenz mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationalen“ geschlossen.

In der Vorwoche fand ferner in Bielitz der Bezirks-Parteitag der Deutschen Sozialisten im Teschener Schlesiens statt, auf dem ebenfalls Genosse Glucksmann referierte und ein, trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, zufriedenstellender Organisationsbericht gegeben werden konnte.

### Im Riesengebirge abgestürzt

Der Kreisparlamentarier Walter Tuffel aus Landeshut, der mit zwei Freunden einen Wochenendausflug nach Hirschbach im Riesengebirge unternommen hatte, ist bei einer Kletterpartie von einem 35 m hohen steilen Felsen abgestürzt. Er wurde von Sanitätern noch lebend aufgefunden, verstarb aber bei dem Transport nach Jannowitz.

**Oppeln.** Wo bleibt die göttliche Vorsehung? Fürstbischof Bertram und Weihbischof Kochzyk waren vorgestern in Oppeln und zelebrierten die Messe in der St. Kreuz-Parabel. Bei der Abfahrt stieß das Auto des Kardinals mit einem Motorradfahrer zusammen. Der Motorradfahrer wurde auf den Bürgersteig geschleudert und erlitt schwere Verletzungen. Außerdem wurde durch den Sturz eine Frau schwer verletzt. Beide Verletzten mußten ins Krankenhaus transportiert werden.

## Aus der Umgebung

### Der Reuther Magistrat streift weiter

Trotz der bekannten Aufforderung durch die preußische Staatsregierung sollte der Magistrat anlässlich der Stadtverordnetenversammlung am Freitag wiederum — Die Entwässerung der „Katalan“ war in dieser Sitzung der Gegenstand einer längeren Debatte. Aus dem zur Verfügung stehenden Gutachten war zu ersehen, daß sich die Kosten auf 40.000 Mark belaufen würden. Ein weiteres Gutachten sieht einen Preis von 10.000 Mark vor und soll noch angefordert werden. In den Vorhand der Beratungsstelle wurde Fleischmeister Freudenberger gewählt und als Schiedsrichter wurde Badermeister Laugwitz, Stellvertreter Oberpostsekretär a. D. Gindner, bestimmt.

Der Magistrat hat ohne Wissen der Stadtverordneten einen Seilapparat für das städtische Krankenhaus angeschafft, der

300 Mark kostet, was man mehr bekannt gegeben zu haben. Genosse Hoffbauer erklärt, daß durch den Abbau von Unzulänglichkeiten der Wohlfahrtsempfänger große Not unter den Betroffenen herrscht. Zum Beispiel werden dem Bedienden 50 Prozent und dem Verheirateten 10 Prozent der bisher erhaltenen Unterstützung abgezogen. Genosse Hoffbauer wandte sich lebhaft gegen diese „Sparlampe“, die die Verarmten der Armen trifft. Die Versammlung sprach sich weiter gegen die Entlassung des bisherigen Stadtvorstehers aus. Es wird ausdrücklich betont, daß dieses nur von einem Fachmann, und nicht, wie beabsichtigt, dem gegenwärtigen Räumler versehen werden kann. Es wurde dagegen protestiert, daß der Magistrat auf Beschäftigung der Stadtverordneten überhaupt nicht reagiert.

**Opperan.** Majcielow gibt Vorstellung Gemeindeparslament. In der Gemeindevorstellung am 15. Mai gab der kommunistische Gemeindevorsteher P. P. bekannt, daß der Gärtnereibesitzer Hamuschitz infolge Krankheit als Gemeindevorsteher zurücktritt und als dessen Nachfolger Inspektor Ritter vom Wahlbezirk 2 nachrückt. Rechnungsprüfungskommission wurde neu gewählt. Es war bezeichnend für die fünf sogenannten „Arbeiter“ Vertreter, daß sie nur einen einzigen für diesen Posten vorzuschlagen wollten, während die beiden Vertreter der Bürgerlichen zwei Vorschläge in die Kommission wählten. — Es besteht die Möglichkeit hier den Bau eines Siedlungshauses für fünf Familien in die Wege zu leiten, wenn der notwendige Grund und Geld gegeben wird. Unsere famosen fünf „Arbeiter“ Vertreter schied sich hierzu in förmlichen Sprachen der Welt aus. Nicht einer von ihnen sprach ein Wort zu dem kommunistischen Gemeindevorsteher geschriebenen Wohnungsnot, Herr Jengel und seine Freunde reden aber nur, wenn sie selbst Vorteile davon haben. Die Wohnungsnot wagt Wirtschaft bleibt vorläufig stehen. Ferner wurde die Biersteuer mit drei gegen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Bei Behandlung eines Antrages der hiesigen Wohlfahrtsempfänger für geleistete Pflichtarbeit als Handwerksarbeiten 20 Pf. pro Stunde mehr zu geben, trug der kommunistische Schiedsrichter Rüd, zur allgemeinen Gerechtigkeit bei, als er einem alten Pinzel und einer Scheuerbürste in der Hand den wesentlichen bewies, wie groß sein Interesse an hiesigen Gemeindevorsteher sei. Mit drei gegen zwei Enthaltungen wurde beschlossen, den Wohlfahrtsempfängern die 20 Pf. zu geben. — Gemeindevorsteher gab weiterhin den Einspruch der nachrückenden Gemeindevorsteher bekannt, ferner den Bescheid der Regierung, daß die Einrichtung einer Simultanschule nicht möglich ist. — Die Neuregelung des Wasserentzuges mit der für Kubikmeter Wasser 50 Pf. bezahlt werden, von einer Anzahl Gebühr wird besprochen. — Herr Rüd stellte dann ein Antrag für die nächste Sitzung: Neuwahl der beiden Schiedsrichter. Wir sind schon heute neugierig, ob die fünf sogenannten Arbeiter wieder aus Mangel an geeigneten Leuten des Feldes Bürgerlichen überlassen werden, wie sie es bereits bei der der Rassenprüfung getan haben.

**Straschwitz.** Aus der Partei. Am 16. Mai fand Monatsversammlung der SPD statt. Genosse Fritz Schmitt hielt einen 1 1/2stündigen Vortrag über „Unseren Kampf in Preußen“, der von der Versammlung mit reichem Beifall quittiert wurde. Nach der Abschreibung über die Mitglieder und Erlaubnis einiger örtlicher Angelegenheiten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

**Jähnitz.** Bei den Nazis kriselt es. Die hiesige Ortsgruppe der Nazi-Partei nimmt in letzter Zeit nicht unerheblich an Mitgliedern ab. Daher ist Schweinemeister Barck betrübt, wenn sich wieder ein Austritt meldet. Er redet dann zu und verpflichtet sogar, daß die Beitragsmatten, die meisten Mitglieder trotz Beitragsleistung schon seit Monaten bekommen, nachgeliefert werden. Aber damit alleine wird Nazi-Laden nicht zu halten sein, zumal die auf dem Gute in Jähnitz stehenden Mitglieder fast durchweg nicht aus Überzeugung sondern wegen unmißverständlichen Andeutungen über die Folgen eines Austrittes Mitglieder in der „Arbeiter“-Partei der Grundbesitzer, Fürsten und Prinzen sind.

**Kanth.** Besuch der Arbeiterjugend. Am vergangenen Donnerstag besuchte der „Männerchor Breslau“ den hiesigen Arbeiter-Männer-Gesangverein. Fast hundert Arbeiter-Sänger bewegten sich durch die Straßen der Stadt. Gegen 12 Uhr fanden sich die Sänger zu einem Werbelingen auf dem Marktplatz ein. Zahlreiche Zuhörer umsäumten die Sängerchor und waren von den vorgetragenen Liedern begeistert. Der hiesige Werbelverein begrüßte die Gäste durch Kaufmann Vogel. Ein Spaziergang in die nähere Umgebung von Kanth war der Abschluß der Besuchsfahrt. Den Sangesbrüdern aus Breslau sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Die organisierte Arbeiterchaft in Kanth hofft, daß ein jeder einen guten Eindruck mit nach Hause genommen hat und ruft ihnen ein herzliches „Freundchaft“ zu.

**Borne.** Naziot gegen Arbeitslose. Als dieser Tag einige Arbeitslose harmlos den Fischen zusahen, die beim Laich in großen Massen am Ufer zu sehen sind, kam der biedere Landmann und Naziot Franke auf sie zu und versuchte den Nachwuchs nationaler Gesinnung durch folgende Worte zu erbringen: „Ist wohl die heutige Republik, in der Ruhe und Ordnung, wenn ihr mir die Fische stehlen wollt? Da machi, daß ihr kommt, ihr roten Bonzen! Ihr laugt bloß den Staat aus!“ Die Wiesen geht ihr bloß Kartoffeln stehlen, ihr Spitzbuben!“ Woher Herr Franz seine merkwürdigen Kenntnisse der Arbeitslosen gewohnheiten hernimmt, ist uns unbekannt. Wir wissen nur, daß sein Sohn stempeln geht und auch er selbst es nicht verschmäht auf Grund des Siedlungsgesetzes der Republik Grund und Boden zu erwerben.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Breslau-Land-Neumarkt.

Schottwitz, Freitag, den 22. Mai, 20 Uhr, bei Reichsbanner (Gerichtsfreihof): Gründungsversammlung. Alle Kameraden, Parteigenossen und Gewerkschafter eingeladen. Referent: Kamerad Alexander-Breslau.



Der internationale Qualitätswagen  
Ein neuer Schlager zum außergewöhnlich niedrigen Preise

3995.-

Nur die überragende Qualitätsarbeit und die vorzüglichen Konstruktionen in ihrer beispiellosen Folge können den FIAT-Wagen dauernd ihren Platz in der ersten Reihe der besten Automobile der Welt sichern. Das reiche Assortiment unserer Modelle finden Sie stets in unserer Verkaufsstelle.

Breslau, Markt 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100





## Textilstreik in Nordfrankreich

### 107000 Arbeiter im Kampf

Paris, 19. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Die Zahl der im nordfranzösischen Textilgebiet streikenden Arbeiter hat sich nach amtlichen Feststellungen am Montag nachmittag auf 107 000 erhöht, wobei allerdings zu beachten ist, daß in verschiedenen Fabriken die Arbeit am Montag stets ruht. Man rechnet mit einer Zunahme der Zahl der Streikenden.

Der Montag nachmittag und Abend sind ruhig verlaufen. Nur in Galluin verlusten Kommunisten, eine öffentliche Kundgebung zu veranstalten, die aber schnell aufgelöst werden konnte. Das Textilkonföderation hat am Montagabend eine Mitteilung veröffentlicht, in der es die Ausrufung des Generalstreiks bedauert und die Arbeiter-Gewerkschaften dafür verantwortlich macht. Das Konföderation habe den Gewerkschaften am Sonnabend ausdrücklich mitgeteilt, daß die Frage einer weiteren Kürzung der Löhne nicht vor drei Monaten aufgeworfen und die Anwesenheitsprämie erst vom 23. Mai an nicht mehr gezahlt werden solle. Dadurch, daß die Arbeiter eine Woche zu früh in den Streik getreten seien, hätten sie einen Lohnverlust erlitten, der einem Sechsmonatsbeitrag der Anwesenheitsprämie entspreche.

Die sozialistischen Gewerkschaften haben ebenfalls eine Kundgebung veranstaltet. In ihr wird besonders die ruhige Haltung der Arbeiter begrüßt und gegen das starke Truppenaufgebot im Streikgebiet protestiert.

## Der französische Bergarbeiterkongress

### Deutscher Ruf nach internationaler Verständigung

Auf dem Kongress der französischen Grubenarbeiter in St. Etienne legte sich im Rahmen der Begrüßungsansprachen Marximöller vom Deutschen Bergarbeiterverband mit besonderem Nachdruck für eine Verständigung der Grubenarbeiter aller Länder zur Eindämmung der Krise ein. Er betonte, daß die Arbeiter die ersten Opfer der Krise seien. Im Kohlenbergbau hätten sich völlig unhaltbare Zustände herausgebildet. Die deutschen Grubenarbeiter seien, obwohl sie vor nicht langer Zeit eine Lohnkürzung von 6 Prozent hätten hinnehmen müssen, schon wieder von einer neuen Lohnsenkung bedroht. In fast allen deutschen Zechen werde pro Woche zwei bis drei Tage gefeiert. Für die Arbeitslosen der Grubenbezirke zeige sich kaum ein Lichtblick. Tausende seien zur Dauerarbeitslosigkeit verdammt. Die dem fürchtbaren Elend müsse um jeden Preis ein Ende gemacht werden. Marximöller erzielte mit seinem Appell zur Verständigung auf dem französischen Kongress großen Beifall.

In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des Landeskongresses der französischen Grubenarbeiter in St. Etienne wurde der Tätigkeitsbericht des Verbandes vorgetragen nach einer Rede des Generalsekretärs mit 123 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen und darauf der Gesamtvorstand wiedergewählt.

Die Tätigkeit des Vorstandes und des Landesauschusses war am Freitag von verschiedenen Delegierten scharf kritisiert worden, weil beide Organe im März dieses Jahres sich für die Annahme einer Lohnkürzung und nicht für die Ausrufung des Generalstreiks ausgesprochen haben, wie ursprünglich beschlossen war, falls die Arbeitgeber auf der Senkung der Löhne bestehen wollten. Der Generalsekretär widerlegte am Freitag in geschickter Weise diese Kritik, indem er auf die Gefahren, die ein Streik für die Arbeiter gebracht hätte, hinwies. Die sehr Delegierten, die gegen den Bericht gestimmt haben, erklärten, daß sie mit ihrem Votum nur gegen die Tatsache protestieren wollten, daß der Verbandsvorstand ein Telegramm an eine dem Verband nicht angeschlossene Gewerkschaft geschickt habe. Der Rapport des Vorstandes wurde von dem Kongress einstimmig angenommen.

## Jugendleiterkonferenz des Metallarbeiterverbandes

Zu der am 14. d. Mts. (Himmelfahrt) in Centrebrunn stattgefundenen Jugendleiterkonferenz waren 17 Delegierte aus den verschiedensten Städten und Verwaltungsstellen, Bezirk Mittelhessen anwesend. Kollege Barthel-Hausdorf, der zum Konferenzleiter gewählt wurde, begrüßte die Konferenzteilnehmer und erteilte hierauf Bezirksleiter Knorr-Breslau zum ersten Punkt der Tagesordnung Bericht über die Jugendgruppen im Bezirk das Wort. Kollege Knorr begrüßte darauf nochmals sämtliche Teilnehmer der Konferenz und besonders den Reichsjugendleiter Brandmüller, vom Hauptverband in Berlin, und sprach seine Freude aus, daß trotz der schweren Zeit die Kosten nicht gekürzt werden, um an dieser so wichtigen Konferenz teilzunehmen. Besonders schätzenswert ist, daß jetzt ein Kollege aus Mittelhessen anwesend war. Kollege Knorr wies darauf hin, daß gerade wir Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes unter der Wirtschaftskrise, die schon seit Jahren auf uns lastet, mit am meisten zu leiden haben. Sie drückt und hemmt den Aufstieg der Jugendbewegung, so sie drückt sogar alle Erfolgsmöglichkeiten des Verbandes. Schon unter normalen Zeiten ist die Erfolgsmöglichkeit sehr schwer, was wir haben nicht nur nach außen hin zu kämpfen, sondern es gibt auch noch viel in unserer eigenen Reihen zu tun. Der Metallarbeiterverband hat schon vor der Umwälzung als Anwalt und Jugendführer gewirkt. Wenn die Arbeitszeit von zwölf auf acht Stunden verkürzt worden ist, und wenn die Bezahlung laut Tarif best. Zeiten bekommen müssen, und wenn an Stelle des freiwilligen Berufsbeitrages die Beitragspflicht getreten ist, und damit durch diesen Ausbeutungsfortschritt erreicht wurde, so hat der Metallarbeiterverband gegen einen großen Teil dazu beigetragen. Wenn wir uns die Entwicklung der internationalen Jugendbewegung anschauen, so müssen wir feststellen, daß wir in Deutschland noch ein ganz Stück zurückgeblieben sind. Gerade in den letzten Jahren haben wir einen hohen Stand erreicht, um auch erfolgreich Arbeit zu leisten. Aber trotzdem, in einem d. Jahre, hat sich in unserer Organisation, in unserem Verhalten, in unserem Auftreten, in unserem Verhalten noch ein Stück weiter zu tun. Die Jugend, die natürlich von sich aus es höher in der Arbeiterbewegung und -organisationen anzuheben nicht will, erwartet mit Recht von uns, daß wir ihnen den Weg weisen. Wir sind aber zur Zeit von diesem Stande weiter entfernt, denn in Deutschland sind wir noch weit zurückgeblieben. In anderen Ländern sind wir schon weiter.

## Die Reichsbahnwahlen des Bezirkes Köln

Von den Betriebsrätewahlen im Reichsbahndirektionsbezirk Köln liegen aus 228 Dienststellen von insgesamt 285 die Ergebnisse vor. Danach erhielten der Einheitsverband 9716, die Christen 6158, Hirsch-Dunder 2092, die KGD, 2734 Stimmen. Überall dort, wo die Kommunisten bisher einflußreich vertreten waren, erlitt die KGD schwere Niederlagen. Im Reichsbahnausbesserungswertopladen fiel ihre Stimmenzahl von 550 im Vorjahre auf 358; dagegen erhielten der Einheitsverband 344 gegen 273, die Christen 293 gegen 209 und die Hirsch-Dunder 178 gegen 100 Stimmen. Im Reichsbahnausbesserungswert Jülich ging die KGD von 278 auf 114, in Widdau von 427 auf 314 Stimmen zurück.

Die Betriebsrätewahlen im Reichsbahndirektionsbezirk Essen folgten folgendes Ergebnis: für den Bezirksbetriebsrat erhielten Stimmen: Einheitsverband 5865, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner zusammen mit dem Allgemeinen Eisenbahnerverband 4697, KGD, 689, Nazi, 649, Ungültig 386 Stimmen.

Bei der Wahl zum Hauptbetriebsrat erhielten Stimmen: Einheitsverband 5865, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 4469, Allgemeiner Eisenbahnerverband 279, KGD, 867. Die Nazi-Stimmen waren sämtlich ungültig.

Die Wahlen zum Bezirksbetriebsrat bei der Reichsbahndirektion Hannover brachten für den Einheitsverband einen außerordentlichen Erfolg. Auf die Liste des Einheitsverbandes entfielen 7620 Stimmen, auf die Gemeinschaftsliste der Christen und Hirsche 1594 Stimmen und auf die KGD 302 Stimmen. Die Nazis hatten es nicht gewagt, eine eigene Liste aufzustellen. Für ihre Hauptbetriebsratsliste wurden 6 Stimmen abgegeben.

## Reichsbahnwahlen in Bayern

### Einheitsverband dominiert

Die genauen Zahlen über das Ergebnis der Betriebsräte wahlen bei der Reichsbahn in Bayern, die nunmehr vorliegen, bestätigen, daß der Einheitsverband in allen fünf Bezirken den Angriff der Gegner siegreich abgewehrt und seine beherrschende Stellung behalten hat. Infolge des Personalabbaus waren diesmal fast 2 nur 46 Bezirksbetriebsräte zu wählen. Davon erhielten der Einheitsverband 26 Mandate, die Christen 17, die Kommunisten 1 Mandat. Im einzelnen lauten die Ergebnisse Bezirk München: Einheitsverband 8, Christen 4, KGD 1; Augsburg: Einheitsverband 4, Christen 3. Für den Bezirk Regensburg lauten die entsprechenden Ziffern 4 und 4, Nürnberg 7 und 4, Pfalz 5 und 2. Die Nazis sind völlig durchgefallen.

## Betriebsräte wahlen bei den Fabrikarbeitern

### KGD, Nazis und Stahlhelm liegen hinten

Bei den Betriebsräte wahlen haben sich in diesem Jahre die Todfeinde der Gewerkschaften Schluppe auf Schluppe geholt. Die Herrschaften mit den Kieselsteinen haben auf Granit gebissen. Hier ein neuer Beweis: die Wahlen der Fabrikarbeiter. Von den „glänzenden Siegen“ der Kommunisten, von irgendwelchen Erfolgen der Nationalsozialisten ist absolut nichts zu entdecken. Im Verlauf der Wahlen brachten die Zeitungen der Nazis und der KGD- Leute wiederholt Meldungen, die glauben machen sollten, daß sich die Arbeitermassen von den freien Gewerkschaften abwenden. Der Fabrikarbeiterverband kann demgegenüber jetzt folgendes vorläufiges charakteristisches Ergebnis feststellen:

Bis Ende März dieses Jahres bestanden nach der im Jahre 1930 aufgenommenen Statistik in 6228 Betrieben Betriebsräte und Obleute; bei diesen 6228 Betrieben mit Betriebsvertretungen hat die KGD es nur in 101 Betrieben zu eigenen Listen gebracht, und dabei handelt es sich in der Mehrzahl auch

noch um kleinere Betriebe. In diesen Betrieben haben freien Gewerkschaften 552 Betriebsräte und 619 Arbeitermitglieder erhalten, die KGD dagegen erhielt 267 Betriebsmitglieder und 307 Arbeiterratsmitglieder. In 21 Betrieben im Vorjahr KGD-Listen hatten, ist in diesem Jahr nicht mehr zur Aufstellung von Listen gekommen. Die Arbeiter waren der KGD kurtiert. Eine schwache kommunistische Mehrheit im Vorstand besteht nur in 23 Betrieben. In 2 Betrieben hatte die nicht einmal genügend Kandidaten; die Reststimmen fielen freigerwerblichen Listen zu.

Noch erbärmlicher erging es den Nazis und Brüdern den Stahlhelmen. Ihre Erfolge sind nennenswert. Nur in 24 Betrieben haben sie insgesamt 40 Betriebsvertretungs-Mitglieder erhalten.

## Arbeitszunahme im Siegerland

### Köln, 19. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Aus dem Siegerland kommen erfreuliche Nachrichten. Herforder Grubenbezirk soll zum 1. Juni auf der Grube Frenando mit 200 bis 250 Mann wieder eingeschoben werden. Nach die alte Herforder Hütte hat ihre Deuse wieder angefangen. Man hofft hier innerhalb der nächsten Woche bis 400 Mann Arbeit zu bringen. Schließlich will auch die Friedrichshütte Betrieb in den nächsten Tagen wieder aufnehmen.

## Verammlung der freigewerkschaftlichen Gesellenauschüsse

Dieser Tage fand im Gewerkschaftshaus die Quartalsversammlung der freigewerkschaftlichen Gesellenauschüsse der Breslauer Innungen statt, in der Kollege Barthel über Thema „Gewerbebildung des Handwerks“ referierte. Er darauf hin, daß am Sitz der drei Handwerkskammern in Schlesien eine Gewerbebildungsinstitution ins Leben gerufen worden ist, die sich in der Hauptsache auf staatlicher Unterstützung aufbaue. Aufgabe bestehe darin, die im Handwerk zum Teil noch auf betrieb eingerichtete Produktion modern und volkswirtschaftlich umzugestalten. Dieses Ziel soll durch Kurse und Vorträge, Materialkunde, Verwendung von Maschinen und Werkzeugen, Führung in die moderne Verwaltungsmethode erreicht werden. Zum Schluß wies Kollege Barthel darauf hin, daß die Vermehrung der Gewerbebildungsinstitutionen der Handwerkskammer unterliegt im Verwaltungsbüro neben den Vertretern der Behörde und Handwerkskammer auch Vertreter des Gesellenauschusses mitarbeiten.

In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß Einrichtung dieser Stellen begrüßt werden könne, wenn sie auch nur der Weiterbildung der selbständigen Handwerker diene. Es lasse sich dadurch doch eine bessere Ausbildung der Lehrlinge und die Einrichtung kann dazu führen, daß mehr Kollegen in den Handwerksbetrieben beschäftigt werden. Gefordert wurde aber, daß auch die Arbeitnehmer im Handwerk, Gesellen und Lehrlinge, an den Einrichtungen dieser Art teilhaben, da dies ebenfalls zur Handwerkswirtschaft beitragen und ein weitgehender Erfolg durch die eingerichteten Gewerbebildungsinstitutionen zu erwarten ist, wenn sie für alle im Handwerk tätigen Kreise wirksam werden.

Anschließend wurde noch über die Vollversammlung der Handwerkskammer berichtet und darauf hingewiesen, daß nun die Wahl zum Gesellenauschuss in allen drei Teilbezirken erfolgt ist. Der Gesellenauschuss besteht aus 14 aktiven Mitgliedern, 4 Stellvertretern. Hinzu kommt noch ein Kollege aus der Wirtschaft, ein Kollege aus dem Buchdruckgewerbe und vom Metallhandwerk. Als Vorsitzender ist Kollege Barthel, als Stellvertreter Kollege Kretzschmar, als Schriftführer Kollege Weigt neu gewählt worden. Mit Stimmen des Gesellenauschusses wurde die Prüfungsordnung des Autoladere-Handwerks angenommen. Ablehnen mußte der Gesellenauschuss die Prüfungsordnungen für das Wärfelhandwerk und Plätterhandwerk. Beschlossen wurde ferner, die Lehrlingshöchstzahlen für den Tischlerberuf abzuändern.

## Brotpreissenkung in Berlin

In Berlin ist am Montag die Senkung des Preises für ein 2½ Pfundiges Brot von 50 auf 40 in Kraft getreten. Voraussetzung dafür ist, daß der Bäckerlohn pro Doppelzentner mit 28 Mark zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich um Mehl aus Stützungsroggen, das in Qualität den Anforderungen völlig entspricht.

wie es in den Handwerksbetrieben in der Berufsausbildung nach fast ausnahmslos, so müssen wir sagen, daß es angebracht wäre, wenn recht bald ein derartiges Gesetz erlassen würde. So mancher kleine Handwerksmeister braucht heute seinen Lehrling größtenteils nur noch zur Dreiarbeit und zum Dreiausträumen. Wenn wir wissen, daß die Handwerkskammern und -Innungen als Aufnahmehöhe 8 bis 10 Mk. und zur Freiprägnung 10 bis 15 Mk. nehmen, so muß man sich fragen, was denn die Untkosten wirklich so hoch, daß man derartige Beiträge zahlen muß. Die Gebühren werden, unserer Auffassung nach, bestimmt zu einem erheblichen Teile zu anderen Zwecken benutzt. Man hat es auch verboten, Kinder, die die weltliche Schule besucht haben, in die Handwerkskammer aufzunehmen. Oft kommt es vor, daß Handwerksmeister Lehrlinge verlangen, und speziell diese, bei deren Ausbildung die Lehrlinge nichts lernen. Hier kann man am besten wieder sehen, daß ein Überangebot von Lehrlingen vorhanden ist. Es ist nicht zugetrieben, wie man es vor einigen Jahren voranstellte, daß 1931/32 ein Mangel an jungen Menschen eintrat. Als Ausrede sagt man nun, es ja, das kommt wegen der Wirtschaftskrise, was natürlich große Unzufriedenheit ist, denn gerade heute muß man ja fast nur Lehrlinge, die eine billige Arbeitskraft sind. Wir sehen also, daß gerade auf dem Gebiete unserer Jugendarbeit noch mehrheitlich schwere Arbeit zu leisten haben. Unser Hauptanliegen soll es deshalb sein, die Jugend für unseren Verband zu gewinnen, denn gerade in jungen Jahren ist der Mensch am aufnahmefähigsten und wir können ihn dann nach unserem Sinne erziehen und bilden. Es ist auch angebracht, wenn man Elternabende und Versammlungen veranstaltet, in denen wir den Eltern betonen müssen, was wir für Ziele haben. Der Besuch unserer Heimabende und aller unserer Veranstaltungen ist in letzter Zeit besser geworden. Man hat mit besonderem Fleiß in den einzelnen Verwaltungsstellen gearbeitet. In der Jugendführerkonferenz am 1. September 1930 hatte man sich schon mit einem Jugendtreffen beschäftigt. Da man aber ein ganzes Treffen der freigewerkschaftlichen Jugend in Breslau beschließen hatte, sollten wir anderen Städten nach. Wir waren mit 800 Mann in Breslau vertreten. Da wir die Erfahrung gemacht haben, daß es gerade noch der Besondere ist, die Arbeit und die Agitation in den Schulen und Werkstätten von Seiten unserer jugendlichen Verbandsmitglieder nicht entfacht hatte, haben wir die Jugend in diesem Jahr ein Jugendtreffen zu veranstalten. Bis zum Jahre 1927 hatten wir nur vier Bezirksjugendführerkonferenzen, die in der Jugendarbeit leisteten. Mit Erfolg dürfen wir nun auf den Erfolg der gemeinsamen drei-jährigen Arbeit zurückblicken. In anderen Jahren 1928 wurden

von elf Verwaltungsstellen 160 Veranstaltungen mit 3740 Teilnehmern, im zweiten Halbjahr 1929 waren es 13 Verwaltungsstellen mit 443 Veranstaltungen mit 9339 Teilnehmern und im zweiten Halbjahr 1930 679 Veranstaltungen mit 11 680 Teilnehmern. Man kann also doch sehen, daß es immer weiter vorwärts geht. Allerdings muß zu den Veranstaltungen geachtet werden, daß der Besuch immer von dem Programm der Veranstaltung abhängt. Die Veranstaltungen sind also von 1929 im Jahre 1928 auf 679 im Jahre 1930 gestiegen. Die Teilnehmer derselben von 3470 auf 11 680. Es soll auch unsere Aufgabe die Jugend aus derartigen sozialen, die man glatt Kassennummern bezeichnen kann, herauszubekommen. Es hat gewiß schon schöne Jugendheime. Soweit diese eben nicht vorhanden sind, muß man eben an die zuständigen Gemeinden, Stadtverwaltungen herangehen, damit diese einen passenden Platz der Jugend zur Verfügung stellen. Oft hört man auch die Rede, bei uns kann keine Jugendgruppe gegründet werden, bei unserem Ort bereits eine S.V.-Jugend und der Arbeiter-Verein besteht. Wir wollen uns mit diesen Verbänden nicht verfeinden, müssen aber darauf dringen, daß in diesen Orten zu mindestens auch eine Metallarbeiterjugend besteht. Die Aufgabe ist vor allen Dingen wieder einen ganz anderen Reichspreis wie wir. Aus alle diesem kann man also sehen, daß es einigem guten Willen und gemeinsamer tatkräftiger Arbeit vorwärts geht. — Der zweite Punkt der Tagesordnung ist unser Jugendtreffen 1931. Hierzu ergreift ebenfalls Kollege Barthel das Wort. Nach einer kleinen Aussprache beschloß man das 10-jährige Jugendtreffen am 14. August 1931 in Hirschberg und allen Dingen auf dem Riesengebirge zu veranstalten. Am Sonntag, den 13. August findet im Hirschberger Konzerthaus Empfangsfeier statt. Sonntag früh geht es dann hinaus in den Berge, auf dem Ramm unseres herrlichen Riesengebirges entlang. Auf dem Ramm hat man als besonderes Ereignis ein Treffen mit dem schlesischen Bruderverband vorgesehen. Auch noch weitere Wanderungen für diejenigen, die am Montag freibleiben können, im Riesengebirge vorgesehen. (Metallarbeiterjugend) Wir müssen euch heute schon anrufen, spaltet dieses Jugendtreffen rechtzeitig, damit ihr restlos daran teilnehmen könnt. Wir können euch heute schon sagen, daß es großes Erlebnis für euch sein wird. Die entscheidenden Umstände werden euch später durch euren Jugendführer bekanntgegeben. Inzwischen an die Konferenz findet für die Teilnehmer Kurios für Jugendarbeit statt.